

Russlands Syrienpolitik: Ein Drahtseilakt oder eine Sackgasse? Zwischen Großmachtanspruch und Selbstisolation

Klein, Margarete

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Klein, M. (2012). Russlands Syrienpolitik: Ein Drahtseilakt oder eine Sackgasse? Zwischen Großmachtanspruch und Selbstisolation. *Russland-Analysen*, 233, 2-5. <https://doi.org/10.31205/RA.233.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

RUSSLANDS SYRIENPOLITIK WAHLEN UND PROTESTE IN RUSSLAND

■ ANALYSE		
Russlands Syrienpolitik: Ein Drahtseilakt oder eine Sackgasse?		
Zwischen Großmachanspruch und Selbstisolation		2
Von Margarete Klein, Berlin		
■ STATISTIK		
Handel zwischen Russland und Syrien nach offiziellen Angaben		6
SIPRI über Waffenlieferungen an Syrien		7
■ DOKUMENTATION		
Assoziation GOLOS – Einheimische Beobachtung der Wahlen zur 6. Staatsduma der Föderalen Versammlung der Russischen Föderation, 4. Dezember 2011		
Abschlussbericht		9
■ ANALYSE		
Die Ergebnisse der Dumawahlen		13
Von Arkadij Ljubarew, Moskau		
■ KOMMENTAR		
Proteste in Russland		
Lehren aus der Geschichte <i>oder</i> Kann sich Geschichte wiederholen?		18
Von Andrei Yakovlev, Moskau		
■ UMFRAGE		
Revolution oder Evolution?		22
Politische Reform: für und wider		23
■ CHRONIK		
Vom 27. Januar bis zum 9. Februar 2012		25



Russlands Syrienpolitik: Ein Drahtseilakt oder eine Sackgasse?

Zwischen Großmachtsanspruch und Selbstisolation

Von Margarete Klein, Berlin

Zusammenfassung

Seit dem Beginn der Gewalt in Syrien im März 2011 versuchen die westlichen Staaten und die Arabische Liga, im UN-Sicherheitsrat Druck auf Präsident Assad auszuüben. Dies scheiterte bisher an der ablehnenden Haltung Russlands, das zuletzt am 4. Februar 2012 sein Veto gegen einen von Marokko eingebrachten und von 13 der 15 Sicherheitsratsmitglieder unterstützten Resolutionsentwurf einlegte. Warum agiert Moskau als Schutzmacht des Regimes Assad und riskiert dabei zunehmend, in der Region und international isoliert zu werden? Welche Interessen und Motive leiten sein Verhalten? Und wo liegen die Grenzen der russischen Unterstützung für Assad?

Libyen und Syrien

Die Ereignisse des »arabischen Frühlings« trafen die russische Außenpolitik ebenso unerwartet wie die der westlichen Staaten. Moskaus Haltung unterscheidet sich dabei von Land zu Land, je nachdem wie seine Interessen ausgeprägt sind und welche Einflussinstrumente ihm zur Verfügung stehen. War es während der Umstürze in Tunesien und Ägypten sowie der Massenproteste in Jemen und Bahrain lediglich passiver Zuschauer, spielte es in der Libyenkrise eine aktivere Rolle. Dabei versuchte es, sich in der Region als »responsible stakeholder« und »ehrlicher Makler« zu präsentieren und seine Beziehungen zu den westlichen Staaten nicht unnötig zu belasten.

Im Machtkampf zwischen Gaddafi und den Rebellen vermied Moskau lange Zeit eine klare Festlegung, verweigerte sich aber nicht den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, Druck auf den libyschen Machthaber auszuüben. So stimmte es im Februar 2011 einem Waffenembargo gegen Gaddafi zu und ermöglichte Mitte März 2011 mit seiner Enthaltung zur UN-Sicherheitsratsresolution 1973 erst die Militäraktion der westlichen Staaten. In Syrien dagegen, wo Moskau tatsächlich ein Schlüsselakteur ist und über die größten Einflusshebel verfügt, legt es sich von Beginn an klar fest – auf die Rolle als Schutzmacht der Regierung Assad. Zudem scheut es diesmal nicht die offene Konfrontation mit den westlichen Staaten. Wie lässt sich die harte Haltung Russlands erklären?

Ökonomische Interessen: Syrien als wichtiger Waffenimporteur

Im Vergleich zu den übrigen Ländern des »arabischen Frühlings« sind Moskaus Interessen in Syrien vielfältiger, ausgeprägter und vor allem enger mit dem Überleben des herrschenden Regimes verbunden. Betrug das russisch-libysche Handelsvolumen im Jahr 2010 198 Mio Euro, war es in Bezug auf Syrien mehr als viermal so hoch – 840 Mio Euro. Damit ist Syrien zwar allein

vom Umfang des bilateralen Handels her weniger wichtig für Moskau als die Türkei (18,6 Mrd. Euro), Ägypten (1,5 Mrd. Euro) oder Israel (1,2 Mrd. Euro). Für manche Schlüsselbranchen Russlands – v. a. die Rüstungsindustrie, zum Teil auch die Energiebranche – wurde Damaskus aber zu einem bedeutenden Handelspartner. Nachdem Präsident Putin Syrien im Januar 2005 insgesamt 73 % der noch aus sowjetischer Zeit stammenden 10,5 Mrd. Euro an Schulden erlassen hatte, erhielten – wie in Libyen nach dem russischen Schuldenerlass 2008 – insbesondere Unternehmen aus diesen Bereichen lukrative Verträge. Beispielsweise baut *Strojtransgaz* eine gasverarbeitende Anlage nahe Homs und *Tatneft* fördert seit April 2010 in einem Joint Venture mit einer syrischen Firma Öl im Land.

Für die russische Rüstungsindustrie, die sich seit dem massiven Rückgang der chinesischen Aufträge seit einigen Jahren verstärkt um Ausgleich auf dem lateinamerikanischen und nahöstlichen Markt bemüht, ist Syrien besonders wichtig. Hinsichtlich der Lieferungen war Syrien 2010 nach Indien (41 %) und Algerien (12 %) der drittgrößte Rüstungsmarkt Russlands (7%). Russland stattet die syrische Armee u. a. mit modernen Anti-Schiff-Lenk Waffen (Bastion, Jachont), Kampfflugzeugen (MiG-29, Jak-130), Boden-Luft-Raketen (Panzir), Luftabwehrartilleriesystemen und modernisierten Panzern (T-72) aus. Nach Presseberichten sind die laufenden Verträge mit Syrien zwischen 4 und 6 Mrd. US-Dollar wert. Nach dem möglichen Ausfall des libyschen Markts – der von der russischen Rüstungsexportagentur Rosoboronexport auf ca. 4 Mrd. US-Dollar taxiert wird – dürfte die Bedeutung Syriens für den russischen verteidigungsindustriellen Komplex zudem noch steigen. Dass Moskau einem Waffenembargo gegen Assad zustimmt, scheint aber nicht nur aus ökonomischen, sondern auch aus politischen Gründen wenig wahrscheinlich. In der russischen Rüstungsindustrie sind ca. 1,5 Millionen Menschen beschäftigt – zusammen

mit deren Familienangehörigen ist das ein beträchtliches und zuverlässiges Wählerpotential für die im März 2012 anstehende Präsidentenwahl.

Militärische Interessen: Russlands Marinestützpunkt in Tartus

Im Gegensatz zu Libyen, Ägypten oder Tunesien ist Syrien für Moskau auch militärisch von Bedeutung. Denn es beheimatet in Tartus den einzigen noch aus sowjetischer Zeit (1971) verbliebenen Marinestützpunkt Russlands außerhalb des postsowjetischen Raums. Dieser wird seit 2009 modernisiert und soll bis 2012 auch für große Schiffe als Reparatur- und Versorgungsbasis dienen. Nach Presseberichten bemühte sich die russische Regierung in den vergangenen Jahren, logistische Versorgungsstützpunkte für die Marine auch in anderen Ländern wie Libyen oder Jemen einzurichten, hatte aber keinen Erfolg. Solange Moskau in der Region nicht über Alternativen verfügt, benötigt es daher die Basis in Tartus, um für längere Zeit an Einsätzen gegen Terroristen und Piraten im Mittelmeer bzw. am Horn von Afrika teilnehmen zu können. Dies wiederum ist wichtig, um Russlands Großmachtsanspruch militärisch zu untermauern.

Geopolitische Interessen: Assad als »strategischer Partner« Russlands

Der entscheidende Unterschied zu den übrigen »Arabelion«-Ländern besteht jedoch darin, dass Syrien für Russland geopolitisch von Bedeutung ist. Von den einstigen Verbündeten aus Sowjetzeiten steht nur noch Damaskus Russland nahe. Zwar waren die bilateralen Beziehungen in den 1990er Jahren zunächst stark abgekühlt, da Syrien der neuen russischen Führung unter Präsident Jelzin einen »Betrug an der arabischen Sache« vorgeworfen hatte und die ungeklärte Frage der sowjetischen Altschulden Syriens die Beziehungen belastet hatten; seit der Jahrtausendwende, vor allem aber seit dem Schuldenerlass von 2005 verbesserte sich das Verhältnis zwischen Moskau und Damaskus jedoch wieder deutlich. Davon zeugen u. a. hochrangige Besuche beider Seiten: Drei Mal reiste das syrische Staatsoberhaupt nach Moskau (Januar 2005, Dezember 2006, August 2008), im Mai 2010 absolvierte Medwedew die erste Reise eines russischen Staatsoberhauptes nach Damaskus.

Beide Seiten bezeichnen ihr Verhältnis als »strategische Partnerschaft«. So unterstützte die syrische Regierung Moskau politisch im Tschetschenien- und Georgienkrieg. Demonstrativ reiste Präsident Assad im August 2008 nur wenige Tage nach Beendigung der Kriegshandlungen im Kaukasus nach Russland. Die engen Beziehungen zu Syrien erlauben es der russischen Führung zudem, ihren Anspruch auf eine Vermittlerrolle im Nahostkonflikt zu untermauern. Vor allem

schätzt Moskau Damaskus – zusammen mit Teheran – als Gegengewicht gegen die amerikanische Dominanz in der Region. Die syrische Führung ist damit ein zentraler Pfeiler in Russlands Nahostpolitik und dem seit der Jahrtausendwende postulierten Wunsch, in der Region wieder eine größere Rolle zu spielen. Ein Sturz des syrischen Regimes hätte für Russland also nicht nur – wie in Libyen – ökonomische Verluste, sondern zugleich massive geopolitische Einbußen zur Folge.

Lehren aus dem Libyenkonflikt

Würde Moskau bereits aufgrund seiner ökonomischen, militärischen und geopolitischen Interessen als Schutzmacht des syrischen Regimes agieren, kommen seit 2011 noch zwei verschärfende Faktoren hinzu. Der erste besteht aus den Lehren, die die russische Führung aus dem Libyenkonflikt gezogen hat. Dass Moskau zunächst einem Waffenembargo zugestimmt hatte und sich dann bei der UN-Sicherheitsratsresolution 1973, die eine Flugverbotszone über Libyen verhängte und die Mitgliedstaaten ermächtigte, »alle notwendigen Maßnahmen« zum Schutz der Zivilbevölkerung zu ergreifen, enthielt, war durchaus bemerkenswert. Schließlich zeigte sich Russland damit bereit, ökonomische Opfer zu bringen und eine Grundlinie seiner Außenpolitik aufzuweichen.

Bisher hatte Moskau Resolutionen, die eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staats aus humanitären Gründen vorsahen, zumeist blockiert. Dahinter stehen ein traditionelles Verständnis von Souveränität sowie die Sorge, dass auf diese Weise eine Rechtfertigung für den gewaltsamen *regime change* geschaffen wird. Dass Russland sich bei der UN-Resolution 1973 enthielt, war zum einen der Tatsache geschuldet, dass Gaddafi für Moskau niemals ein politischer Partner war, für den sich das Risiko der Selbstisolation gelohnt hätte. Zum anderen stand dahinter der Wunsch, die verbesserten Beziehungen zu den westlichen Staaten, allen voran den »Reset« mit den USA nicht zu gefährden. Letzteres geschah aber genau durch die breite Auslegung der UN-Resolution 1973 durch die an der Militäroperation beteiligten westlichen Staaten. Anstatt sich darauf zu beschränken, Zivilisten zu schützen, hätten diese Partei im Bürgerkrieg ergriffen und damit das Mandat der UN-Resolution verletzt, kritisierte Moskau. Dies wiederum befeuerte tief sitzende Ängste in Russlands Bevölkerung und Elite vor einem betrügerischen Westen, der konziante Gesten nicht honoriert und humanitäre Motive lediglich als Deckmantel für politische und ökonomische Machtausweitung missbraucht. Bedenkt man zudem, dass die Entscheidung, sich bei der Resolution 1973 zu enthalten, nicht auf einem breiten Konsens des außenpolitischen Establishments Russland basierte, sondern sowohl von Teilen des Außenministeriums als auch von Minis-

terpräsident Putin teils heftig kritisiert wurde, erscheint eine Wiederholung im Falle Syriens kaum wahrscheinlich.

Der innenpolitische Kontext

Der zweite verschärfende Faktor besteht im innenpolitischen Kontext. Am 4. März 2012 finden in Russland Präsidentenwahlen statt – vor dem Hintergrund sinkender Popularitätswerte Putins und einer Legitimitätskrise seines Herrschaftsmodells. Diese äußerte sich in den größten Massendemonstrationen in postsowjetischer Zeit, die nach den manipulierten Parlamentswahlen im Dezember 2011 sowie im Februar 2012 in Moskau, aber auch in anderen Städten des Landes stattfanden. Zwar stellt Außenpolitik im Wahlkampf kein entscheidendes Thema dar; dennoch setzt Putin auf eine Kombination aus anti-westlicher Rhetorik und einem selbstbewussten Auftreten seines Landes, um sein traditionelles Elektorat zu mobilisieren. Ziel ist ein Sieg im ersten Wahlgang. Es ist daher nicht zu erwarten, dass Russland vor der Präsidentenwahl von seiner harten Haltung im Syrienkonflikt Abstand nehmen wird.

Auch in einer weiteren Hinsicht spielen innenpolitische Überlegungen eine Rolle bei Russlands Syrienpolitik. Anders als in vielen westlichen Ländern wurde der »arabische Frühling« von Russlands Führung von Beginn an negativ konnotiert – weniger als Chance für eine – von Moskaus Führung ohnehin nicht erwünschten – Demokratisierung der Region, sondern vielmehr als Brutstätte für Chaos, Unruhe und Islamismus. Damit ist auch die Sorge verbunden, dass die »Arabellionen« Russland und den postsowjetischen Raum destabilisieren könnten: entweder, indem sie als Blaupause für Protestbewegungen in Russland und anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion dienen könnten oder indem Extremismus und Terrorismus auf die ohnehin instabilen, mehrheitlich von Moslems bewohnten Regionen wie den Nordkaukasus oder Zentralasien übergreifen könnten. Dass Moskaus Führung stets fordert, dass in einer UN-Resolution auch die syrische Opposition für die Gewalt im Land mitverantwortlich gemacht und zum Gewaltverzicht aufgefordert wird, entspringt daher der Rechtfertigungslogik des eigenen autoritären Herrschaftssystems.

Russland als Schutzmacht des syrischen Regimes

Aus ökonomischen, militärischen und geopolitischen Interessen, einem traditionellen Souveränitätsverständnis heraus sowie verschärft durch innenpolitische Erwägungen und den Erfahrungen der Libyenkrise agiert Russland als Schutzmacht des syrischen Regimes. Dies geschieht auf vielfältige Art und Weise. Für das syrische Regime am wichtigsten ist, dass Moskau sein Vetorecht im UN-Sicherheitsrat nutzt, um alle Resolutions-

entwürfe zu blockieren, die Druck auf die Regierung Assad ausüben würden oder einmal als Rechtfertigung für eine »libysche Lösung« interpretiert werden könnten. So erteilt Moskau nicht nur jeglichem Hinweis auf eine mögliche Intervention von außen von vorneherein eine klare Absage, sondern verweigert sich auch der Androhung von Sanktionen sowie einer bloßen Verurteilung der Gewaltanwendung durch das syrische Regime, wenn nicht zugleich die Opposition ebenso verurteilt und zum Gewaltverzicht aufgefordert wird. Bereits am 5. Oktober 2011 hatte Russland sein Veto gegen einen von Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Portugal erarbeiteten Resolutionsentwurf eingelegt, der »gezielte Maßnahmen« gegen die syrische Führung vorgesehen hätte. Der am 4. Februar 2012 von Marokko eingebrachte und von den westlichen und arabischen Staaten unterstützte Resolutionsentwurf war im Vorfeld bereits deutlich verwässert worden, um Russlands Bedenken zu zerstreuen. So enthielt er keine Forderungen nach einem Waffenembargo oder einem Rücktritt Assads, ganz abgesehen von jeglichem Hinweis auf eine militärische Intervention. Er scheiterte aber an der russischen Forderung, auch die Opposition nachdrücklich zum Gewaltverzicht aufzufordern.

Neben dem diplomatischen Schutzschild unterstützt Russland das syrische Regime auch politisch-militärisch. So setzt Moskau trotz der Gewalteskalation seine Waffenlieferungen nach Damaskus weiter fort. Anfang Januar 2012 landete ein Schiff mit 60 Tonnen russischer Munition in Syrien und Ende Januar 2012 schloss Moskau nach Berichten der Zeitung »Kommersant« mit dem Land einen neuen Vertrag über die Lieferung von 36 Jak-130 Kampfflugzeugen im Wert von 550 Millionen US-Dollar. Desweiteren war eine Delegation des syrischen Verteidigungsministeriums im September 2011 als Beobachter zu einer russischen Militärübung eingeladen worden. Für die syrischen Teilnehmer dürfte dabei vor allem interessant gewesen sein, dass es dabei auch um die Abwehr eines feindlichen Luftschlags – also das libysche Szenario – mit Hilfe russischer Luftabwehrsysteme gegangen war, von denen Syriens Armee einige besitzt. Eher als symbolisches Zeichen von Solidarität – und russischer Großmacht – diente dagegen der Besuch des russischen Flugzeugträgers »Admiral Kusnezow« in Tartus Anfang Januar 2012.

Ein Drahtseilakt, dessen Schwierigkeit noch zunimmt

Die Abstimmung im UN-Sicherheitsrat am 4. Februar 2012 zeigte jedoch auch, wie sehr Russland mit seiner Syrienpolitik in eine Sackgasse zu geraten droht. Der Drahtseilakt Moskaus wird immer schwieriger: das Überleben des wichtigsten politischen Partners in der Region zu sichern, ohne selbst in den Sog der zuneh-

menden Isolation des Assad-Regimes zu geraten. Dies betrifft erstens die internationale Ebene. Dem Entwurf für eine UN-Resolution am 4. Februar 2012 hatten 13 der 15 Sicherheitsratsmitglieder zugestimmt, lediglich Peking unterstützte Moskaus Haltung. Mit der Blockade des UN-Sicherheitsrats riskiert es Russland, das wichtigste Einflussinstrument in der internationalen Politik zu beschädigen und sich selbst damit ins Abseits zu manövrieren. Die Suche nach neuen Lösungswegen könnte in Zukunft stärker außerhalb dieses Gremiums stattfinden, z. B. wird bereits über die Einrichtung einer Kontaktgruppe diskutiert.

Auch regional droht Moskau zunehmend, in die Isolation zu geraten. Nachdem die Arabische Liga bereits im November 2011 die Mitgliedschaft Damaskus ausgesetzt hatte und Ende Januar 2012 frustriert ihre Beobachtermission in Syrien abgebrochen hatte, hatte sie sich für die Annahme des UN-Resolutionsentwurfs Anfang Februar 2012 eingesetzt. Dementsprechend stark ist die Erbitterung gegenüber Russland. Dieses riskiert mit seiner Parteinahme für Assad, die Grundlagen seiner Nahostpolitik zu untergraben: nämlich gute Beziehungen zu allen Staaten der Region aufzubauen und damit sein Rollenbild als »ehrlicher Makler« zu festigen. Stürzt das Assad-Regime, wird Russland in Zukunft wohl gezwungen sein, seine Beziehungen zum Iran weiter auszubauen. Dies dürfte aber sicherlich nicht das Wunschscenario Russlands sein, da damit zugleich seine Versuche konterkariert würden, die politischen, vor allem aber ökonomischen Kontakte zu den Golfmonarchien zu vertiefen. Dass hieran deutliches russisches Interesse besteht, zeigte sich unter anderem daran, dass Moskau im November 2011 einen »strategischen Dialog« mit dem Golf-Kooperationsrat startete.

Auch in Bezug auf die Entwicklung in Syrien selbst scheint Moskau sich mit seiner Politik zunehmend in die Sackgasse zu manövrieren. Zwar argumentiert Moskaus Führung, dass sie im innersyrischen Konflikt keine Partei ergreife, sondern für einen ergebnisoffenen Dialogprozess zwischen Opposition und Regime ohne Einmischung von außen eintrete. Auch empfangen Vertreter der russischen Führung seit dem Beginn der gewaltvollen Auseinandersetzungen drei Mal Gesandte der syrischen Opposition, darunter Mitte November 2011 durch Außenminister Lawrow. Hofft Moskau damit, für

den Fall eines Machtwechsels in Damaskus vorzuzorgen, wird dies zunehmend schwieriger. Denn spätestens damit, dass Russland sich zeitgleich mit dem Massaker in Homs einer bloßen Verurteilung des Assad-Regimes im UN-Sicherheitsrat verwehrt, büßt es auf Seiten der Opposition jegliche Glaubwürdigkeit ein. In der Folge beschuldigte beispielsweise Nadschi Tajjara vom oppositionellen Syrischen Nationalrat Moskau, mit seiner Haltung indirekt an der Gewalt im Land Schuld zu sein. Hatte die syrische Opposition bereits im September 2011 zu einem »Tag des Zorns« gegen Russland aufgerufen, demonstrierten nun erneut Menschen vor russischen Botschaften, z. B. in Kairo, Tripolis und Katar. Moskau droht mit seinem Verhalten eine Spirale in Gang zu setzen, die es immer mehr isoliert und damit nur noch mehr zu einer Verhärtung seiner Haltung zwingt.

Ein Ausweg aus der Sackgasse?

Was könnte Russlands Führung dazu bewegen, seine Blockadehaltung aufzugeben? Entscheidend wird sein, dass die westlichen Staaten in engem Schulterschluss mit den Ländern und Organisationen der Region, allen voran der Arabischen Liga agieren. Nur so lässt sich Moskau die Gefahr der Selbstisolation deutlich vor Augen führen. Zugleich gilt es, genau dieses Szenario, das in seiner eigenen Logik Russland ja gerade noch mehr zur harten Haltung zwingt, zu vermeiden. Eine gesichtswahrende Lösung für Russland zu finden, wird jedoch zunehmend schwierig. Hätte Moskau eventuell zu Beginn des Konflikts noch Chancen gehabt, sich als Vermittler zwischen syrischer Regierung und Opposition zu engagieren, scheitert dieses Szenario angesichts des anhaltenden Blutvergießens und dem Unwillen der Opposition, mit Assad zu verhandeln. Um Russlands ökonomische Verluste bei einem Machtwechsel in Syrien abzufedern, könnten die arabischen Staaten Moskau im Gegenzug für eine härtere Gangart gegen Assad den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen, v. a. den Zugang zu ihren Waffenmärkten anbieten. In diesem Zusammenhang wäre auch eine glaubhafte Erklärung der syrischen Opposition hilfreich, dass nach einem Machtwechsel die Verträge mit russischen Firmen geachtet werden. Zu all dem untergräbt Moskau aber zunehmend selbst seine eigenen Chancen. Am Ende riskiert es, erneut Verlierer zu sein.

Über die Autorin

Dr. Margarete Klein ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Russland/GUS an der Stiftung Wissenschaft und Politik. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind die russische Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik.

Lesetipps

- Margarete Klein, Russland und der arabische Frühling. Außen- und innenpolitische Herausforderungen, SWP Aktuell 04/2012.
- Andrej Kreutz, Syria: Russia's Best Asset in the Middle East, in: *Russie.Nei.Visions* n55, Ifri, Paris, November 2010.
- Dmitri Trenin, Russia's Line in the Sand on Syria. What Moscow Wants to Halt the Arab Spring, in: *Foreign Affairs*, 5.2.2012 <http://www.foreignaffairs.com/articles/137078/dmitri-trenin/russias-line-in-the-sand-on-syria>.

Handel zwischen Russland und Syrien nach offiziellen Angaben

Tabelle 1: Außenhandel der Russischen Föderation (in Mio. US\$, faktische Preise)

Jahr	Export			Import		
	Insgesamt	Arabische Republik Syrien	Anteil am gesamten Export (%)	Insgesamt	Arabische Republik Syrien	Anteil am gesamten Import (%)
1995	82.419	75	0,09 %	62.603	11	0,02 %
2000	105.033	96	0,09 %	44.862	11	0,02 %
2005	243.798	440	0,18 %	125.434	26	0,02 %
2007	354.401	1.023	0,29 %	223.486	38	0,02 %
2008	471.603	1.940	0,41 %	291.861	39	0,01 %
2009	303.388	1.135	0,37 %	191.803	39	0,02 %
2010	400.419	1.116	0,28 %	248.738	43	0,02 %

Quelle: Rossijskij statistitscheskij esbegodnik. 2011, Moskau 2011, S. 708f.

Tabelle 2: Syrischer Außenhandel mit Russland

Jahr	Importe aus Russland			Exporte nach Russland		
	Wert (Tausend syrische Pfund)	Wert in US\$*	Anteil aller Importe	Wert (Tausend syrische Pfund)	Wert in US\$*	Anteil aller Exporte
2004	15.883.696	312.908.811	4,86 %	403.384	7.946.664	0,16 %
2005	13.765.229	265.118.310	2,74 %	443.558	8.542.927	0,10 %
2006	54.363.810	1.087.276.200	10,23 %	2.307.395	46.147.900	0,46 %
2007	66.726.280	1.327.852.972	9,75 %	1.912.122	38.051.227	0,33 %
2008	108.789.784	2.334.628.764	12,96 %	667.463	14.323.755	0,09 %
2009	42.878.519	957.906.114	6,00 %	585.603	13.082.371	0,12 %
2010	51.283.445	1.120.030.438	6,31 %	1.541.133	33.658.344	0,27 %

* US\$ Umrechnung nach Wechselkurs von letztem Tag im Jahr, historischer Wechselkurs unter <http://www.gocurrency.com>.

Quelle: Central Bureau of Statistics of Syria, Foreign Trade Statistics, <http://www.cbssyr.org>.

Tabelle 3: Syrische Importe und Exporte der Warengruppen Waffen und Munition sowie Luft- und Raumfahrt, 2004–2010

Jahr	Waffen und Munition				Luft- und Raumfahrt			
	Exporte Wert (Tausend syrische Pfund)	Wert in US\$*	Importe Wert (Tausend syrische Pfund)	Wert in US\$*	Exporte Wert (Tausend syrische Pfund)	Wert in US\$*	Importe Wert (Tausend syrische Pfund)	Wert in US\$*
2004	63	1.241	393	7.742	0	0	246.770	4.861.369
2005	986	18.990	1.534	29.544				
2006	24.814	496.280	1.962	39.240	28	560	79.324	1.586.480
2007	732	14.632	1.180	23.588	28	559	17.004	339.909
2008	1.585	34.014	8.123	174.319	125.753	2.698.659	32.959	707.300
2009	34	759	6.560	146.550	10.688	238.769	13.589	303.578
2010	387	8.448	25.446	555.486	698	15.237	189.503	4.136.850

* US\$ Umrechnung nach Wechselkurs von letztem Tag im Jahr, historischer Wechselkurs unter <http://www.gocurrency.com>.

Quelle: Central Bureau of Statistics of Syria, Foreign Trade Statistics, Imports and exports by sections and division, <http://www.cbssyr.org>.

SIPRI über Waffenlieferungen an Syrien

Tabelle 4: Waffenimport Syriens 1991–2010 nach Herkunftsländern (in Mio. US\$ 1990)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Gesamt	
Belarus													24					172				196
Bulgarien		11																				11
Tschechoslowakei	276	198																				473
Iran																54			5	5		64
Nordkorea	90	90	47	43	43	21				13	13	13	13	13								396
Pakistan				1																		1
Russland		14	10					20	21	7	7	7	7	7	7	16		81	162	162		525
Slowakei			142																			142
UdSSR	19																					19
Gesamt	385	312	198	44	43	21		20	21	19	19	19	43	19	7	70		253	167	167		1.826

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <http://www.sipri.org/databases/armstransfers/>

Tabelle 5: Einkauf von Waffensystemen durch Syrien (in Mio. US\$ 1990)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Gesamt	
Flugzeuge																		172				173
Luftabwehrsysteme				1														66	132			330
Gepanzerte Fahrzeuge	276	198	142																			615
Artillerie	4	15	4																			23
Motoren	19	14	10																			43
Raketen	86	86	43	43	43	21		20	21	19	19	19	43	19	7	16		15	35	35		589
Schiffe																54						54
Gesamt	385	312	198	44	43	21		20	21	19	19	19	43	19	7	70		253	167	167		1.826

Waffensysteme aus Russland: 1

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <http://www.sipri.org/databases/armstransfers/>

Tabelle 6: Russische Waffenexporte 2008–2010 (in Mio. US\$ 1990)

	2008	2009	2010	Insgesamt
Insgesamt	5.953	5.575	6.039	17.567
Indien	1.495	2.169	2.854	6.518
Algerien	1.406	1.066	670	3.142
China	1.331	782	410	2.523
Venezuela	702	252	57	1.011
Malaysia	438	437		875
Vietnam	153	63	505	721
Syrien	81	162	162	405
Indonesien	41	165	180	386
Ägypten		8	340	348
VAE		118	118	236
Sudan	27	61	14	102
Kasachstan	7	18	49	74
Armenien		36	36	72
Iran	15	15	11	41

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <http://www.sipri.org/databases/armstransfers/>

Tabelle 7: Waffenlieferungen von Russland an Syrien 1992–2010

Stückzahl	Waffentyp	Waffenart	Bestelljahr/Jahr der Lizenzierung	Lieferungsjahr 1992–1993	Gelieferte Stückzahl	Kommentar
149	W-46	Dieselmotor	1991	1992–1993	139	
1500	9M119/AT-11 Sniper	Panzerabwehrrakete	1998	1999–2005	1500	
500	9M131/AT-13 Saxhorn	Panzerabwehrrakete	1998	1999–2005	500	
1000	9M133 Kornet/AT-14	Panzerabwehrrakete	1998	1998–1999	1000	
200	Igla/SA-18 Grouse	Tragbare Luftabwehrrakete	2005	2006	200	
36	9K99 Panzir-S1	Bewegliches Luftverteidigungssystem	2006	2008–2010	30	Für 149 T-72M1 Panzer, die von der Tschechoslowakei und Slowakei geliefert wurden; darüber hinaus wurde dieser Panzertyp vor 1992 von der UdSSR geliefert
700	9M311/SA-19 Grison	Luftabwehrrakete	2006	2008–2010	500	Für den modernisierten T-72
	9K40 Buk/SA-17	Luftabwehrrakete	2007			
	9M317/SA-17 Grizzly	Luftabwehrrakete	2007			Zum Einsatz von Fahrzeugen, Hubschraubern und Schiffen; nicht als tragbares Abschussgerät auf Druck von Israel und den USA
2	K-300P Bastion-P	Küstenverteidigungssystem	2007			Teile eines Geschäfts in Höhe von \$400–730 Mio.; die Zahl könnte bis zu 50 betragen
24	MiG-29SMT/Fulcrum	Jagdflugzeug	2007			Teil eines Geschäfts in Höhe von \$400 Mio. für das Panzir-System
2	MiG-31M/Foxhound-B	Jagdflugzeug	2007			Unklar, möglicherweise syrische MiG-29, die zu MiG-29SMT umgebaut wurden
	Jachont/SS-N-26	Antischiffsrakete	2007			Russische Flugzeuge, vor Lieferung modernisiert, möglicherweise Aufklärungsversion; 2 weitere für Ersatzteile; unklar
	Igla/SA-18 Grouse	Tragbare Luftabwehrrakete	2008			Bastion (SS-C-5) Küstenverteidigungsversion
36	Jak-130	Schul- und leichtes Kampfflugzeug	2011			Vertrag über US\$ 500 Mio. wurde Mitte Dezember unterzeichnet. Nicht offiziell bestätigte Angaben der russischen Tageszeitung Kommersant, 23.01.2012, http://kommersant.ru/doc/1856838

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <http://www.sipri.org/databases/armstransfers/>

Assoziation GOLOS – Einheimische Beobachtung der Wahlen zur 6. Staatsduma der Föderalen Versammlung der Russischen Föderation, 4. Dezember 2011 Abschlussbericht

Zusammenfassung

Die Wahl der Abgeordneten der Staatsduma war weder frei noch fair und entsprach nicht den Vorgaben der russischen Wahlgesetzgebung und den internationalen Wahlstandards. Die grundlegenden Prinzipien für Wahlen sind nicht eingehalten worden, nämlich echter Wettbewerb und eine Gleichberechtigung der beteiligten Seiten, eine unparteiische Verwaltung, unabhängige Wahlkommissionen, eine gesetzeskonforme Abstimmung und eine korrekte Auszählung der Stimmen. Alle Phasen der Wahl waren durch eine Fülle von Verstößen gegen die Wahlgesetzgebung gekennzeichnet, die dazu geeignet waren den Wählerwillen zu entstellen. Eine angemessene Repräsentation der Bürgerinteressen im höchsten gesetzgebenden Organ des Landes ist dadurch nicht gegeben.

1. Einleitung

Die Assoziation GOLOS hat eine breit angelegte Beobachtung der Wahlen zur 6. Staatsduma der Föderalen Versammlung der Russischen Föderation durchgeführt. In 48 Föderationssubjekten haben Langzeitbeobachter der Assoziation GOLOS den Verlauf der Wahlen beobachtet. Am Wahltag selbst und bei der Ermittlung der Wahlergebnisse haben in 40 Regionen rund 1.700 Korrespondenten der Zeitung »Grashdanskij golos« [dt.: Bürgerstimme], die insgesamt rund 4.000 Wahllokale besuchten, eine Kurzzeitbeobachtung durchgeführt.¹

GOLOS hat eine »Karte der Verstöße« bereitgestellt, eine Website, auf der die Bürger der Russischen Föderation während der gesamten Wahlzeit von Verstößen berichten konnten. Auf der »Karte der Verstöße«, einem gemeinsamen Projekt von GOLOS und der Internet-Publikation *Gazeta.ru*, sind bis zum Wahltag rund 5.000 Berichte über Verstöße eingegangen, nach dem Wahltag erreichte diese Zahl 7.800.

In der Woche vor dem Wahltag ist gegen die Assoziation GOLOS eine massive und koordinierte Kampagne initiiert worden, die eine gerichtliche Verfolgung (es wurde eine Geldstrafe auferlegt), verleumderische Berichte in den Medien, Behinderung der Mitarbeiter und Korrespondenten sowie Hacker-Angriffe auf die Website und den E-Mail-Verkehr von Mitarbeitern umfasste.

2. Der rechtliche Rahmen

Die Wahl der Dumaabgeordneten wird durch zwei Gesetze geregelt: durch das föderale Gesetz »Über die

grundlegenden Garantien zum Wahlrecht und zur Teilnahme an einem Referendum für Bürger der Russischen Föderation« und durch das föderale Gesetz »Über die Wahl der Abgeordneten der Staatsduma der Föderalen Versammlung der Russischen Föderation«.

Die russische Wahlgesetzgebung ist durch hohe Instabilität gekennzeichnet. Das Gesetz »Über die grundlegenden Garantien zum Wahlrecht ...« ist allein von 2008 bis 2011 28 Mal verändert worden, das Gesetz »Über die Wahl der Abgeordneten...« im gleichen Zeitraum 17 Mal. Diese Änderungen waren jedoch nicht von prinzipieller Bedeutung, da die Grundregeln für die Dumawahlen seit 2007 unverändert geblieben sind.

Alle 450 Abgeordneten der Staatsduma werden nach dem Verhältniswahlrecht in einem einheitlichen »Föderalen Wahlkreis«, dem Wahlgebiet der Russischen Föderation gewählt. Die Staatsduma wird auf 5 Jahre gewählt (bis 2007 geschah dies noch auf 4 Jahre). Die Kandidatenlisten der politischen Parteien müssen in einen zentralen Teil von bis zu 10 Kandidaten und in nicht weniger als 70 regionale Kandidatengruppen unterteilt sein, die jeweils bestimmten Gebieten zu entsprechen haben – einer Region, einer Teilregion oder einer Gruppe von Regionen.

Die Sperrklausel liegt weiterhin bei 7%. Neuen Bestimmungen zufolge erhält jedoch eine Partei, die zwischen 5 und 6% der Stimmen erringt, ein »Trostmandat« zugesprochen, und Parteien, die zwischen 6 und 7% erzielen, derer zwei; es sei darauf hingewiesen, dass bei 450 Abgeordneten 5% der Stimmen etwa 23 Mandaten und 7% rund 32 Mandaten entsprechen.

Die wesentlichsten Gesetzesänderungen der Jahre 2008 und 2009 betrafen die Bestimmungen zur Registrierung der Kandidatenlisten der Parteien, vor allem die Abschaffung der Wahlbürgerschaft. Von den sieben registrierten Parteien mussten drei Parteien, die nicht in

¹ Ursprünglich war geplant, dass in den Wahlkommissionen der Stimmbezirke 2021 und in den territorialen Wahlkommissionen 91 dieser Korrespondenten präsent sein würden. Ein Teil der Korrespondenten wollte jedoch wegen des ausgeübten Drucks nicht an der Wahlbeobachtung teilnehmen, während einem anderen Teil der Zutritt zu den Wahllokalen verweigert wurde.

der Duma vertreten sind, 150.000 Unterstützerunterschriften vorlegen. Der zulässige Ausschuss unter diesen Unterschriften durfte dabei nicht mehr als 5 % betragen. Geringfügige Änderungen hatte es bei den Bestimmungen zur Einreichung der Unterlagen bei der Zentralen Wahlkommission und bei der Abfassung und Prüfung der Unterschriftenlisten gegeben.

Die Transparenz der Wahlen ist durch eine 2005 eingeführte Beschränkung verringert worden: Nun dürfen Wahlbeobachter nur von registrierten Kandidaten oder von Parteien, deren Kandidatenlisten an den Wahlen teilnehmen, in die Wahllokale entsandt werden. Das Institut der lokalen gesellschaftlichen Wahlbeobachtung ist vom Gesetz nicht vorgesehen, weswegen die Freiwilligen von GOLOS die Wahlbeobachtung als Journalisten der Zeitung »Grashdanskij golos« durchführen mussten.

3. Die Wahlkommissionen

Bei den Dumawahlen sind auf vier Ebenen Wahlkommissionen tätig: Es gibt die Zentrale Wahlkommission (ZIK), 83 Wahlkommissionen der Föderationssubjekte, 2.746 territoriale Wahlkommissionen und rund 95.300 Wahlkommissionen in den Wahllokalen.

Die Wahlkommissionen befinden sich in starker Abhängigkeit von der Exekutive, die in den Wahlen mit der Partei »Einiges Russland« verbunden ist.

Die Zentrale Wahlkommission besteht aus 15 Mitgliedern mit vollem Stimmrecht. Fünf Mitglieder werden durch den Präsidenten ernannt, fünf durch die Staatsduma und fünf durch den Föderationsrat.

Die fünf vom Präsidenten ernannten Mitglieder sind allesamt Kandidaten aus der Präsidentialadministration, die eng mit der Partei »Einiges Russland« verbunden ist. Unter den fünf von der Staatsduma ernannten Mitgliedern sind zwei Kandidaten von »Einiges Russland«, unter den fünf vom Oberhaus ernannten Mitgliedern drei Vertreter der Exekutive oder von »Einiges Russland« zu finden. Somit stehen insgesamt nicht weniger als zehn der 15 Mitglieder der ZIK unter der Kontrolle der Staatsverwaltung.

Die Neubesetzung der Wahlkommissionen in den Föderationssubjekten erfolgt mehrheitlich im Jahr der Dumawahlen, und zwar auf fünf Jahre. 2011 ist bei 64 Wahlkommissionen der Föderationssubjekte die Zusammensetzung geändert worden, wobei 23 Kommissionen einen neuen Vorsitzenden erhielten. In den meisten Fällen war dies auf einen Wechsel auf dem Gouverneursposten zurückzuführen, was deutlich die Abhängigkeit der Wahlkommissionen von der Exekutive illustriert. In einigen Fällen sind die neuen Leiter der Wahlkommission nicht nur mit der Regionalregierung eng verbunden, sondern auch mit »Einiges Russland«. Ein weiterer Trend besteht darin, dass in Regionen, in denen Pro-

bleme für »Einiges Russland« zu beobachten sind, ebenfalls die Leiter der Wahlkommissionen abgelöst werden.

Mindestens die Hälfte der Mitglieder der Wahlkommissionen der unteren Ebenen muss auf Vorschlag der Parteien ernannt werden, die in der Staatsduma und/oder dem jeweiligen Regionalparlament vertreten sind. Allerdings darf jede Partei nicht mehr als ein Mitglied benennen. Oft werden Bewerber für die Wahlkommissionen abgelehnt, die von außerparlamentarischen Parteien oder unliebsamen gesellschaftlichen Vereinigungen nominiert wurden. Da in der Staatsduma nur vier Parteien vertreten sind und auch die meisten Regionalparlamente aus eben diesen Parteien bestehen, sitzen in den meisten Wahlkommissionen – die zwischen 9 und 14 Mitglieder haben – nur vier Vertreter der Parteien, darunter höchstens drei der Oppositionsparteien.

4. Registrierung der Kandidatenlisten der Parteien

Den geltenden Gesetzen zufolge können nur registrierte Parteien, die die Registrierung ihrer regionalen Gliederungen in mehr als der Hälfte der Föderationssubjekte bestätigen konnten, Kandidatenlisten aufstellen. Die Listen aller sieben politischen Parteien sind registriert worden.

In den Jahren 2004–2009 hat sich die Zahl der politischen Parteien von 46 auf 7 verringert, wobei 12 Parteien per Gerichtsbeschluss aufgelöst wurden (die Auflösung der Republikanischen Partei Russlands wurde vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) 2011 als mit den internationalen Normen nicht vereinbar eingestuft), einige Parteien durch Selbstauflösung einer gerichtlichen Auflösung zuvorkamen, und sich andere Parteien in einer Mischung aus Freiwilligkeit und Zwang zur Partei »Gerechtes Russland« zusammenschlossen. Mit Ausnahme der Partei »Rechte Sache«, die mit unverhohlener Unterstützung des Kreml als Ersatz für drei Parteien entstand, die sich selbst aufgelöst hatten, ist von 2005 bis 2011 keine neue politische Partei registriert worden, obwohl es in den vergangenen Jahren ein rundes Dutzend Versuche einer Parteineugründung gegeben hat. Diesen Parteien ist die Registrierung mit Begründungen verweigert worden, die klar der Rechtsposition des EGMR zuwiderlaufen.

Laut Gesetz hat jeder Bürger der Russischen Föderation, der über das passive Wahlrecht verfügt und nicht Mitglied einer politischen Partei ist, das Recht, bei einer beliebigen politischen Partei die Aufnahme in deren landesweite Kandidatenliste zu beantragen. Dieses Verfahren sieht jedoch derart enge Fristen vor, dass es von den Bürgern nirgends genutzt wurde. Auf der Liste von »Einiges Russland« waren 184 von 599 Kandidaten parteilos, bei »Rechte Sache« 71 von 313, bei »Gerechtes

Russland« 100 von 585, bei der KPRF 60 von 594, bei »Jabloko« 56 von 374, bei der Partei »Patrioten Russlands« 40 von 309 und bei der LDPR 6 von 312. Nach den vorliegenden Informationen ist das Vorhandensein von formal Parteilosen nicht auf das im Gesetz vorgesehene Verfahren eines Bürgerantrags an eine politische Partei zurückzuführen, sondern auf andere Beziehungen zwischen diesen Personen und der jeweiligen Parteiführung. In keiner Region ist es Vertretern der Assoziation GOLOS gelungen, auch nur einen Fall ausfindig zu machen, wo diese Bestimmung erfolgreich durch unabhängige Kandidaten genutzt wurde.

Es muss hervorgehoben werden, dass angesichts des Umstandes, dass eine Reihe politischer Parteien unter Zwang aufgelöst und anderen Parteien die Registrierung verweigert wurde, einer beträchtlichen Anzahl politisch aktiver Bürger, die ohne ihr Zutun aus juristischer Sicht parteilos wurden, durch das reine Verhältniswahlrecht die Möglichkeit genommen wird, sich als Kandidat für ein Dumamandat zur Wahl zu stellen.

5. Wahlkampf

Der Wahlkampf wurde dadurch geprägt, dass regionale und lokale Verwaltungsbeamte massenhaft Wahlwerbung für »Einiges Russland« betrieben, was oft als Berichterstattung über deren dienstliche Tätigkeit hingestellt wurde. Gleichzeitig wurde die Wahlkampfaktivität der anderen Parteien erheblich behindert.

Durch die hohe Konzentration von Vertretern der höchsten Staatsbürokratie auf der Kandidatenliste von »Einiges Russland« (einschließlich des Präsidenten, 8 Regierungsmitgliedern und der meisten Gouverneure) arbeitete praktisch der gesamte staatliche Machtapparat für das Wahlergebnis der »Partei der Macht«, wobei ständig dienstliche Vollmachten überschritten und Wähler, Medien und Opponenten unter Druck gesetzt wurden. Die Regierungen und Verwaltungen der Regionen, Städte und Landkreise sind praktisch sämtlich in Wahlkampfstäbe von »Einiges Russland« verwandelt worden, während die Regierungs- und Verwaltungschefs unehohlen Wahlkampf für »Einiges Russland« betrieben.

Eine Schlüsseltechnik der Partei der Macht besteht weiterhin in einer massenhaften indirekten Wahlwerbung für »Einiges Russland« mithilfe sozialer oder ähnlicher Werbekampagnen, die stilistisch und dem Sinn nach eindeutig an die Wahlwerbung von »Einiges Russland« angelehnt sind. Bei diesen Kampagnen wurden Slogans und Bilder eingesetzt, die der Wahlwerbung von »Einiges Russland« zum Verwechseln ähnlich sind. Nicht selten war bei Kampagnen, die formal in keinem Zusammenhang mit »Einiges Russland« standen, das Parteologo oder ein diesem nachempfundenes Emblem zu finden. Besonders eklatant waren Werbetafeln von

»Einiges Russland«, die nahezu vollkommen Plakate der Moskauer Städtischen Wahlkommission nachahmten, welche dazu aufriefen, bei den Dumawahlen am 4.12. an die Wahlurnen zu gehen. Dies hat sowohl bei der russischen Opposition als auch bei den europäischen Wahlbeobachtern der PACE-Delegation Proteste ausgelöst.

6. Stimmabgabe und Stimmenauszählung

Da die Wahlgesetzgebung die Institution einer gesellschaftlichen Wahlbeobachtung nicht vorsieht, haben die Freiwilligen der Assoziation GOLOS als Korrespondenten der Zeitung »Grashdanskij golos« eine informationelle Beobachtung durchgeführt. In den zwei Wochen vor dem Wahltag ist auf die Assoziation GOLOS, deren Vertreter in den Regionen sowie auf die Korrespondenten durch Staatsorgane – die Staatsanwaltschaft der Russischen Föderation, den Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission, in den Regionen von Seiten der Steuerbehörden und der Leiter von Bildungseinrichtungen, an denen Korrespondenten studieren, sowie durch Mitarbeiter des Ermittlungskomitees und des Inlandsgeheimdienstes FSB sowie durch staatliche Medien, etwa die »Rossijskaja gaseta« und den Fernsehsender NTV – Druck ausgeübt worden. Das Ziel war, diese Wahlbeobachtung zum Scheitern zu bringen. In 2 von 40 Regionen, in denen eine Beobachtung geplant war, ist sie dann auch verhindert worden, nämlich in den Städten Orenburg und Wladiwostok.

Bei der Öffnung der Wahllokale war zu beobachten, dass ein großer Teil der dortigen Wahlkommissionen den Zutritt der Korrespondenten zum Abstimmungsraum behinderte. Im Schnitt betraf dies landesweit 10 % aller Stimmbezirke (in Iwanowo 42 %, in Kasan 26 %, in Lipezk 15 %, in Moskau 18 %, in Nishnij Nowgorod 21 %, in Samara 30 % und in Saratow 17 %); in 7 % der Stimmbezirke verhinderten die Wahlkommissionen eine Einsichtnahme in die Wählerverzeichnisse, und in 5 % der Wahllokale waren die Wählerverzeichnisse nicht gebunden. In 48 % der Wahllokale fehlten die Angaben über Einkommen und Vermögensverhältnisse der Kandidaten.

Bei der Abstimmung wurden die Prozeduren für die Ausgabe der Stimmzettel in 5 % der Wahllokale missachtet. Auffallend hoch ist der Anteil der Wahlkommissionen, bei denen die Prozeduren für die Stimmabgabe außerhalb des Wahllokals unter dem Einsatz mobiler Wahlurnen nicht eingehalten wurden. In 13 % der Fälle befanden sich die Urnen außerhalb des Blickfeldes der Wahlbeobachter, in 8 % der Stimmbezirke wurden Verstöße bei der Erstellung der Register über Anträge auf Stimmabgabe außerhalb des Wahllokals festgestellt, und in 7 % der Fälle wurde den Beobachtern eine Einsichtnahme in diese Register verweigert. In

6% der Fälle wurde es den Beobachtern nicht erlaubt, bei der Stimmabgabe außerhalb des Wahllokals anwesend zu sein.

Bei der Auszählung der Stimmen ist es zu besonders vielen Verstößen gegen gesetzlich vorgeschriebene Prozeduren gekommen. So wurde zum Beispiel das Verfahren hinsichtlich der Abfolge der einzelnen Schritte – Auszählung der abgegebenen Stimmzettel, Sortierung der Stimmzettel und Auszählung der vorsortierten Stapel mit den Stimmzetteln – in etwa einem Viertel der Wahllokale nicht eingehalten. Eine verspätete Eintragung der Anzahl nicht genutzter Stimmzettel und der Ergebnisse der Vergleichszählung zum Wählerverzeichnis wurde in 36% der Stimmbezirke beobachtet. Bei 32% der Wahlkommissionen in den Stimmbezirken wurden die Stimmzahlen für die einzelnen Kandidaten mit Verzögerung in das Protokoll eingetragen. In 39% der Stimmbezirke hat es keine Abschlussitzung der Wahlkommission gegeben.

Zu weiteren Unregelmäßigkeiten bei der Organisation der Stimmabgabe und der Stimmenauszählung gehören: organisierte Beförderung von Wählern zum Wahllokal (6% der Stimmbezirke), Anwesenheit unbefugter Personen im Wahllokal (12%) und die Anwesenheit von Vertretern der Verwaltungsorgane oder von Vertretern der übergeordneten Wahlkommission bei der Stimmenauszählung (13% bzw. 9%).

Insbesondere ist auf folgende Tatsachen hinzuweisen: bei 17% der Wahlkommissionen sind mangelhafte Arbeitsbedingungen für die Wahlbeobachter geschaffen worden; in 26% der Wahlkommissionen wurden Listen verwendet, auf denen angeblich jene aufgeführt waren, die außerhalb des Wahllokals wählen wollten (Wähler werden mitunter ohne ihr Einverständnis in solche Listen aufgenommen); in mehr als 40% der Stimmbezirke musste eine Wiederholung der Stimmenauszählung vorgenommen werden, und bei 17% der Stimmbezirke hat die Wahlkommission ohne Rücksprache mit der übergeordneten Kommission keine Stimmenauszählung vornehmen können.

7. Beschwerden am Wahltag

Die Korrespondenten haben festgestellt, dass in 28% der Wahlkommissionen in den Stimmbezirken Beschwerden eingereicht wurden, was im Durchschnitt 0,44 Beschwerden pro Kommission entspricht. Dementsprechend wird die Gesamtzahl der Beschwerden auf einige Zehntausend geschätzt. In 76% der Wahlkommissionen wurde die Annahme von Beschwerden verweigert. Bei 23% der Kommissionen sind Beschwerden entgegen den gesetzlichen Bestimmungen nicht im Wahlprotokoll vermerkt worden. Bei 11% der Kommissionen ist keine der schriftlichen Beschwerden geprüft worden.

Bei den territorialen Wahlkommissionen (TIK) dürften landesweit ebenfalls rund zehntausend Beschwerden eingegangen sein (im Durchschnitt waren es 4,33 Beschwerden pro TIK), wobei bei den Abschlussitzungen nur 2/5 aller eingereichten Beschwerden geprüft wurden. Diese Daten zeigen, warum in den offiziellen Berichten von einer wesentlich geringeren Beschwerdenzahl die Rede ist, verglichen mit dem, was die Wahlteilnehmer berichten.

8. Wahlergebnisse

Laut offiziellem Wahlergebnis hat »Einiges Russland« 49,32% der Stimmen erhalten, die KPRF 19,19%, »Gerechtes Russland« 13,24%, die LDPR 11,67%, »Jabloko« 3,34%, die »Patrioten Russlands« 0,97%, und »Rechte Sache« 0,60%.

Dass die Stimmenabgabe und die Stimmenauszählung von massenhaften Fälschungen begleitet waren, wird sowohl durch Berichte von Bürgern (Mitglieder von Wahlkommissionen, Medienvertreter und ganz gewöhnliche Wähler) belegt, die Zeugen von Einwürlen zusätzlicher Stimmen und mehrfacher Stimmabgabe geworden waren, als auch durch die Diskrepanzen zwischen Kopien der Wahlprotokolle der Wahlkommissionen in den Stimmbezirken und den offiziellen Ergebnissen für die jeweiligen Stimmbezirke. Zum gleichen Schluss kommen auch statistische Analysen.

Auf der von der Assoziation GOLOS und der Internet-Zeitung *Gazeta.ru* betriebenen Website »Karte der Ergebnisse« <http://www.kartaitogov.ru/diff> sind Informationen zu den Diskrepanzen zwischen Protokollkopien und offiziellen Angaben zu finden. Die Daten basieren auf den Informationen, die sich aus gescannten oder fotografierten Kopien der Protokolle ergeben (die Scans und Fotos sind dort ebenfalls zu finden). Bis Ende Januar 2012 wurden aus 28 Regionen 520 Protokollkopien, bei denen die Angaben von den offiziellen Ziffern abweichen, in die »Karte der Ergebnisse« eingearbeitet. In der Addition beträgt die Diskrepanz der Ergebnisse für »Einiges Russland«, die sich aus diesen Protokollen ergibt, 142.000 Stimmen oder 272 pro Protokoll. Wo Fälschungen stattgefunden hatten, war die Abweichung beträchtlich: Sie beträgt zwischen 20 und 30% der abgegebenen Stimmen zugunsten der Partei »Einiges Russland«. Die Zahl der gesammelten Protokolle ist jedoch noch nicht hinreichend, um auf dieser Grundlage Aussagen über das Ausmaß treffen zu können, in dem das Wahlergebnis landesweit durch eine Fälschung von Protokollen entstellt wurde.

Das Ausmaß, in dem zusätzliche Stimmen eingeworfen wurden, lässt sich mit Methoden der Statistik abschätzen. Solchen Berechnungen zufolge, wurden »Einiges Russland« allein über künstlich erhöhte Wahl-

beteiligungen (also ohne die Stimmen, die der Partei zu Lasten anderer Parteien »zugeschoben« wurden) rund 15 Millionen Stimmen geschenkt, weswegen das reale Ergebnis bei rund 34% liegen dürfte.

9. Empfehlungen

Die Assoziation GOLOS hat einen Entwurf für ein Wahlgesetzbuch der Russischen Föderation erstellt. Dieser Entwurf zielt auf eine Systematisierung der derzeit geltenden Wahlgesetzgebung, auf die Beseitigung der dort enthaltenen Widersprüche, Lücken und nicht eindeutig auslegbaren Bestimmungen, sowie auf die Beseitigung von Normendoppelungen in den verschiedenen Gesetzen. Er soll die Gesetzgebung zu Wahlen und Referenden klarer und einfacher in der Anwendung machen.

Gleichzeitig ist es das Ziel dieses Entwurfes, die Wahlgesetzgebung demokratischer zu gestalten, sie in Einklang mit der Verfassung der Russischen Föderation und den internationalen Wahlstandards zu bringen,

die Wahrung der Wahlrechte der Bürger sicherzustellen, jene Bestimmungen in der Wahlgesetzgebung zu beseitigen, die die demokratische Entwicklung des Landes behindern sowie Bestimmungen wieder einzuführen, die in den vergangenen Jahren grundlos gestrichen wurden.

Neben einer umfassenden Novellierung der Wahlgesetzgebung durch die Verabschiedung eines Wahlgesetzbuches ist eine kardinale Änderung des Gesetzes über die politischen Parteien vonnöten, die sicherstellt, dass Parteien frei gegründet und legalisiert werden können. Der Präsident hat bereits durch die Vorlage eines entsprechenden Gesetzes in der Staatsduma einen Schritt in dieser Richtung unternommen.

Neben der Änderung der Gesetze muss allerdings auch für deren Einhaltung gesorgt werden, wozu die Arbeit der Sicherheitsbehörden und der Gerichte einen erheblichen Wandel durchlaufen muss.

Übersetzung: Hartmut Schröder

Lesetipp

Die vollständige Version der Wahlanalyse von GOLOS findet sich auf Russisch im Internet unter: Analititscheskij doklad »Wybory v Rossii 4 dekabrja 2011 goda«, kotoryj byl podgotowlen ekspertami assoziazii »GOLOS« i priwletschennymi specialistami, 27 janwarja 2012 goda <http://www.golos.org/news/4567>

ANALYSE



Europäischer Austausch
European Exchange

HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG

Die Ergebnisse der Dumawahlen

Von Arkadij Ljubarew, Moskau

Zusammenfassung

Die Dumawahlen waren im Grunde ein Wettbewerb zwischen der staatlichen Exekutive, die alle administrativen Ressourcen einsetzte, und einer oppositionellen Schicht in der Gesellschaft. Im Ergebnis konnte »Einiges Russland« eine Mehrheit gewinnen, doch der Anteil der Proteststimmen nahm deutlich zu. Zwischen den Regionen und innerhalb der Regionen selbst gab es beträchtliche Unterschiede in der Stimmenverteilung. Das lässt sich teilweise auf den unterschiedlichen Grad an Fälschung zurückführen. Insgesamt dürften »Einiges Russland« durch Verfälschung der Abstimmungsergebnisse 15 Millionen Stimmen zugesprochen worden sein, so dass das reale Ergebnis der Partei eher bei 34% als bei den offiziell verkündeten 49% gelegen haben dürfte.

Die Exekutive als Wahlkämpfer

Die Besonderheit der Staatsdumawahl 2011 bestand darin, dass diese eigentlich kein Wettbewerb zwischen den sieben zugelassenen politischen Parteien war. Denn eine der beteiligten Seiten war die Exekutive – von der Regierungsspitze bis hinunter in die Kommunen –, die sämtliche Ressourcen zur Unterstützung der Liste »Einiges Russland« einsetzte.

Die Kandidatenliste von »Einiges Russland« wurde vom Präsidenten angeführt. Auf ihr waren darüber hinaus der Leiter der Präsidialverwaltung, acht Regierungsmitglieder und 54 Gouverneure zu finden. Die Präsidialverwaltung hatte es den Regionalverwaltungen zur Aufgabe gemacht, für einen hohen Stimmenanteil für »Einiges Russland« zu sorgen. Die Leiter der Regionalverwaltungen riefen wiederum ihre Untergebenen sowie

die von ihnen abhängigen Beamten und Wirtschaftsführer zusammen und erteilten entsprechende Anweisungen, die auch Wahlfälschung einschlossen. Das Gleiche setzte sich auf den darunter liegenden Ebenen fort und mündete letztlich im direkten Druck auf die Wähler.

Der Widerstand aus der Gesellschaft

Die andere Seite bestand aus jenen Teilen der Gesellschaft, die sich einen Machtwechsel wünschten. Es war kein Zufall, dass Alexej Nawalnyj, der »Einiges Russland« öffentlich als »Partei der Gauner und Diebe« bezeichnet hatte (diese Formel wurde von praktisch allen Oppositionsparteien im Wahlkampf eingesetzt), und der dazu aufgerufen hatte, jede beliebige Partei aber bloß nicht »Einiges Russland« zu wählen, zum wichtigsten Ideologen des Wahlkampfes wurde.

Eine Vielzahl von Bürgern hat über Wahlrechtsverstöße durch Vertreter der Administrationen berichtet und deren rechtswidriges Verhalten in der Wahlkampagne mit Ton- oder Videoaufzeichnungen dokumentiert. Diese Materialien sind ins Internet gestellt und den Medien übergeben worden. Auf der »Karte der Verstöße« <http://www.kartanaruscheniy.ru/>, einem gemeinsamen Projekt von GOLOS und der Internet-Publikation Gazeta.ru, sind bis zum Wahltag 5.000 Berichte über Verstöße eingegangen, nach dem Wahltag stieg die Zahl der Berichte auf 7.800.

Das Wahlergebnis

In der folgenden Tabelle sind die offiziellen Ergebnisse der Parteien im Vergleich zu den Dumawahlen von 2007 aufgeführt. »Einiges Russland« erhielt nach offiziellen Angaben knapp unter 50 % der Stimmen und konnte eine absolute Mehrheit der Mandate behaupten. Im Vergleich zu den letzten Dumawahlen hat die Partei jedoch über 12 Millionen Stimmen (über 15 %) und 77 Mandate abgeben müssen (siehe Tabelle 8).

Die KPRF und »Gerechtes Russland« konnten ihre Ergebnisse von 2007 um die Hälfte vergrößern, während »Jabloko« seinen Stimmenanteil verdoppelte. Auch das Ergebnis der LDPR fiel merklich besser aus, es war das beste seit 1993. Dies ist jedoch, so meinen viele Fachleute, kein Verdienst der Partei, sondern Folge einer bedeutenden Anzahl von Protestwählern, die gegen »Einiges Russland« stimmten.

Die Ergebnisse der »Patrioten Russlands« und der »Rechten Sache« waren nicht mehr als ein Rauschen im Hintergrund. Die »Patrioten Russlands« konnten im Vergleich zu 2007 nur unwesentlich zulegen. »Rechte Sache« errang 2011 weniger Stimmen als zwei jener drei Parteien, aus denen die Partei hervorgegangen ist (»Bürgerkraft« und »Union der rechten Kräfte«), bei den Wahlen von 2007 für sich allein bekommen hatten.

Regionale Unterschiede

Die Wahlergebnisse zeigen eine stärkere regionale Ausdifferenzierung als 2007. Obwohl »Einiges Russland« weiterhin in allen Regionen die Spitzenposition einnimmt, schwanken die Ergebnisse beträchtlich, nämlich zwischen 29,0 % im Gebiet Jaroslawl und 99,5 % in der Republik Tschetschenien. Das Ergebnis für »Einiges Russland« variiert dabei auch im Vergleich der Regionen mit vorwiegend ethnisch russischer Bevölkerung. Den Spitzenplatz unter diesen Gebieten und Regionen nimmt mit 66,7 % das Gebiet Tambow ein.

»Einiges Russland« erhielt in 15 Regionen weniger als 35 %, in 17 Regionen zwischen 35 und 40 %, in 10 Regionen zwischen 50 und 60 %, in 9 Regionen (darunter in 6 »russischen« Gebieten) zwischen 60 und 70 %, in 7 Regionen (fünf Republiken und zwei Autonomen Kreisen) zwischen 70 und 90 %, und über 90 % in den vier Republiken Inguschetien, Dagestan, Mordwinien und Tschetschenien. Diese regionalen Unterschiede sind weniger auf einen entsprechenden Wählerwillen zurückzuführen, als auf den Einsatz administrativer Ressourcen einschließlich unmittelbarer Wahlfälschung.

Die KPRF erreichte ihr bestes Ergebnis im Gebiet Orjol (32,0 %), »Gerechtes Russland« im Gebiet Nowgorod (28,1 %), die LDPR im Autonomen Kreis der Chanten und Mansen (22,5 %) und »Jabloko« in St. Petersburg (11,6 %). Gleichzeitig wurde »Gerechtes Russland« weiterhin vor allem in den nordwestlichen Regionen des Landes unterstützt, während die Hochburgen der LDPR in Sibirien und dem Fernen Osten lagen. Es sei hier angemerkt, dass in diesen Regionen die Wahlergebnisse am wenigsten von Manipulationen beeinträchtigt waren.

Bei der KPRF ist die Lage weniger eindeutig. In den 1990er Jahren erfuhren die Kommunisten die größte Unterstützung in den landwirtschaftlich geprägten Regionen Südrusslands, im zentralen Schwarzerde-Gebiet, im südlichen Sibirien und im Wolgagebiet, also im so genannten »roten Gürtel«. Im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts hat sich diese Tendenz zwar abgeschwächt, blieb aber bestehen. 2007 noch bildeten folgende Regionen die zehn stärksten Hochburgen der KPRF: das Altai-Gebiet, die Gebiete Belgorod, Brjansk, Wolgograd, Woronesh, Nowosibirsk, Orjol, Rjasan, Samara und Tambow. Bei den jüngsten Wahlen waren nur noch die Gebiete Orjol und Nowosibirsk unter den ersten zehn zu finden. Zu den Regionen mit der größten Unterstützung für die Kommunisten zählen nun geographisch sehr unterschiedliche Gegenden: das Moskauer Gebiet und die Gebiete Irkutsk, Kaliningrad, Kostroma, Nishnij Nowgorod, Omsk, Orenburg und Pskow, wobei eine »Drift« nach Norden unverkennbar ist. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass

die Regionen im Süden am stärksten von Manipulationen betroffen waren.

Die »Patrioten Russlands« und die »Rechte Sache« erreichten in keiner der Regionen über 3%. Das beste Ergebnis gab es für die »Patrioten Russlands« in der Republik Udmurtien (2,54%) und für die »Rechte Sache« im Swerdlowsker Gebiet (2,07%), was sich durch die Spezifik der jeweiligen regionalen Parteigliederungen erklären lässt.

Wahlverhalten in den Städten

Von besonderem Interesse sind die Wahlergebnisse in den großen Städten, wo sich seit langem eine Gesetzmäßigkeit herausgebildet hat: »Einiges Russland« erzielt in den meisten Gebieten die besten Ergebnisse in den landwirtschaftlich geprägten Randgebieten, und die schlechtesten in der jeweiligen Hauptstadt. Bei den Wahlen von 2011 blieb diese Tendenz bestehen, nun allerdings mit einigen Ausnahmen.

So lag das Ergebnis von »Einiges Russland« in 79 regionalen Hauptstädten (mit den naheliegenden Ausnahmen Moskau, St. Petersburg, Moskauer Gebiet und Leningrader Gebiet) insgesamt bei 41,25% und in den 30 größten Städten (mit einer Wahlbevölkerung von jeweils über 415.000) bei insgesamt 39,66% (russlandweit 49,32%). Die Oppositionsparteien erzielten in den großen Städten ihre besten Ergebnisse, was besonders bei »Jabloko« zu beobachten war – die Partei erreichte in den 30 größten Städten 6,76% (russlandweit 3,43%).

Bei den regionalen Hauptstädten und den 30 größten Städten entfiel für »Einiges Russland« das schlechteste Ergebnis auf Wladiwostok (22,69%) und bei den Städten mit über 100.000 Einwohnern auf Koroljow bei Moskau (22,11%). Noch schlechter fiel das Ergebnis in einigen kleineren Wissenschaftsstädten im Moskauer Umland aus. So erhielt die Partei in Tschernogolowka, wo einige führende physikalische und chemische Institute angesiedelt sind, lediglich 17,72% der Stimmen.

»Einiges Russland« hat seine Führungsposition in den Städten Wladiwostok, Woronesh, Irkutsk, Kaliningrad, Kostroma, Nowosibirsk, Omsk, Orenburg, Orjol, Pskow, Rjasan, Smolensk, Angarsk (Gebiet Irkutsk), Dsershinsk (Gebiet Nishnij Nowgorod), Kolomna, Koroljow, Serpuchow (alle drei Moskauer Gebiet) und Toliatti (Gebiet Samara) an die KPRF abtreten müssen, in den Städten Jekaterinburg, Nowgorod und Rybinsk (Gebiet Jaroslawl) an »Gerechtes Russland« und in Chanty-Mansijsk an die LDPR.

Regionale Zentren und regionale Peripherie

Interessant sind auch die Unterschiede zwischen den Parteien in den Föderationssubjekten und deren Hauptstädten. Für »Einiges Russland« besteht praktisch überall ein

Übergewicht der Peripherie gegenüber dem Regionalzentrum. 2007 hatte es hier nur eine Ausnahme gegeben, die Republik Dagestan. 2011 waren es bereits mehrere: Neben Dagestan waren dies vier weitere Kaukasusrepubliken (Inguschetien, Kabardino-Balkarien, Nordossetien-Alanien und Tschetschenien) sowie die Republik Komi, die Region Stawropol sowie die Gebiete Astrachan und Samara. Da Syktywkar (Republik Komi), Stawropol, Astrachan und Samara nach unseren Daten zu den am stärksten von Wahlrechtsverstößen beim Abstimmungsprozess und der Stimmenauszählung betroffenen Gebieten gehören, können wir zu Recht annehmen, dass die Ergebnisse dort auf Fälschungen zurückzuführen sind.

In den meisten regionalen Hauptstädten erhielt »Einiges Russland« weniger Stimmen als in der jeweiligen Region insgesamt, wobei diese Differenz in 27 Regionen mehr als 10% betrug. Bei der KPRF und »Gerechtes Russland« waren in den meisten Regionen (70 bzw. 65) die Ergebnisse in der Hauptstadt besser als an der Peripherie. Bei der LDPR verhielt es sich in 48 Regionen ebenso.

Das Ausmaß der Wahlfälschung

Der Umstand, dass die Abstimmung und die Stimmenauszählung von massenhaften Fälschungen begleitet waren, wird sowohl durch Berichte von Bürgern (Mitgliedern von Wahlkommissionen, Wahlbeobachtern, Medienvertretern und gewöhnlichen Wählern) belegt, die Zeugen von Einwüfen zusätzlicher Stimmzettel und mehrfacher Stimmabgabe durch Strohmänner wurden, als auch durch Diskrepanzen zwischen den Kopien von Wahlprotokollen aus den Stimmbezirken und den offiziellen Ergebnissen für diese Stimmbezirke. Statistische Analysen kommen ebenfalls zu diesem Ergebnis.

Die Assoziation GOLOS hat bis Mitte Januar aus 476 Stimmbezirken beglaubigte Kopien von Wahlprotokollen erhalten, deren Ergebnisse von den offiziellen Wahlergebnissen abweichen. In diesen Stimmbezirken wurden »Einiges Russland« 125.149 zusätzliche Stimmen zugeschlagen (im Schnitt 263 Stimmen pro Stimmbezirk), während »Gerechtes Russland« 22.792 Stimmen genommen wurden, der LDPR 15.443, »Jabloko« 10.108 und der KPRF 9.461. Auch die Wahlbeteiligung weist eine andere Quote auf: 66.209 Wähler wurden hinzugefügt. Nach unserer Einschätzung ist das reale Ausmaß der beim Übertragen der Wahlprotokolle erfolgten Wahlfälschungen erheblich größer.

In welchem Umfang zusätzliche Stimmzettel in die Urnen geworfen wurden, lässt sich durch eine statistische Analyse nachvollziehen. Eine solche Analyse ist durch verschiedene unabhängige Wissenschaftler vorgenommen worden. Am interessantesten ist hier die

Arbeit von Sergej Schpilkin, der bereits 2008 eine originale Methode entwickelt hat, mit der sich das Ausmaß der Fälschungen feststellen lässt. Schpilkins Berechnungen zufolge sind allein durch künstliche Erhöhung der Wahlbeteiligung (also ohne die Stimmen, die zu Lasten der anderen Parteien umgeschichtet wurden) der Partei »Einiges Russland« rund 15 Millionen Stimmen zugesprochen worden, weswegen das reale Ergebnis bei rund 34 % liegen dürfte.

Das Ausmaß der Fälschungen schwankt von Region zu Region erheblich. Am stärksten von Wahlfälschungen betroffen war Moskau, wo »Einiges Russland« nach offiziellen Angaben 46,6 % errang, während es Schpilkins Berechnungen zufolge real nur 30,3 % waren (auch einer Reihe anderer Ansätze zufolge liegt der reale Stimmenanteil von »Einiges Russland« in der Hauptstadt kaum über 30 %). Die Menge der in der Hauptstadt zusätzlich eingeworfenen Stimmzettel wird auf eine Million geschätzt. Dem gegenüber lag das Ausmaß der Fälschungen in den Regionen Altai, Krasnojarsk und

Perm sowie den Gebieten Archangelsk, Wologda und Jaroslawl und dem Leningrader und dem Swerdlowsker Gebiet bei 1 % der Wähler, also innerhalb der statistischen Fehlergrenze.

Diese Umstände haben dazu geführt, dass die Bürger den Wahlergebnissen und dem Wahlsystem insgesamt massiv misstrauen, was sich in den Protestaktionen ausdrückte, die im Dezember im ganzen Land stattfanden. Der Rat zur Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte beim Präsidenten verabschiedete am 23. Dezember sogar eine Entschließung, in der eine »moralische und politische Diskreditierung des Wahlsystems und des auf dessen Grundlage zustande gekommenen Unterhauses des Parlaments« konstatiert und unter anderem dazu aufgerufen wurde, eine »möglichst baldige Verabschiedung neuer Wahlgesetze zu gewährleisten, um auf dieser Grundlage vorzeitige Parlamentswahlen abzuhalten«.

Übersetzung: Hartmut Schröder

Über den Autor

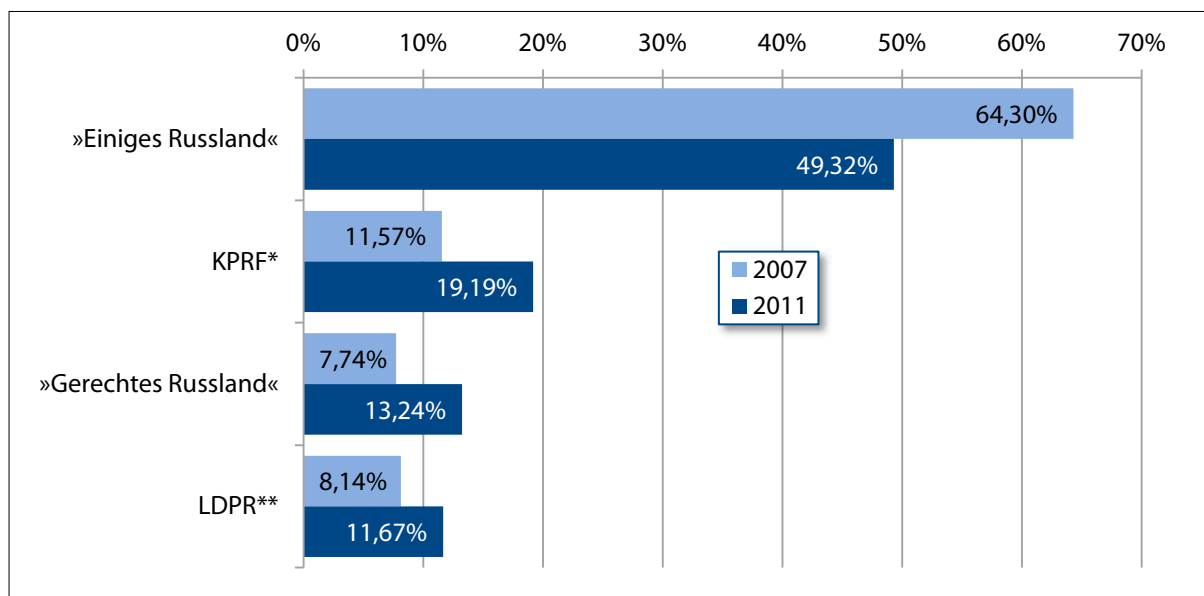
Arkadij Ljubarew ist Doktor der Rechtswissenschaft und führender Experte der Assoziation GOLOS.

Tabelle 8: Ergebnis der Wahl nach Parteilisten

Partei	2011			2007		
	Anzahl der Stimmen	Stimmenanteil	Anzahl der Mandate	Anzahl der Stimmen	Stimmenanteil	Anzahl der Mandate
»Einiges Russland«	32.379.135	49,32%	238	44.714.241	64,30%	315
KPRF*	12.599.507	19,19%	92	8.046.886	11,57%	57
»Gerechtes Russland«	8.695.522	13,24%	64	5.383.639	7,74%	38
LDPR**	7.664.570	11,67%	56	5.660.823	8,14%	40
»Jabloko«	2.252.403	3,43%	–	1.108.985	1,59%	–
»Patrioten Russlands«	639.119	0,97%	–	615.417	0,89%	–
»Rechte Sache«	392.806	0,60%	–	–	–	–

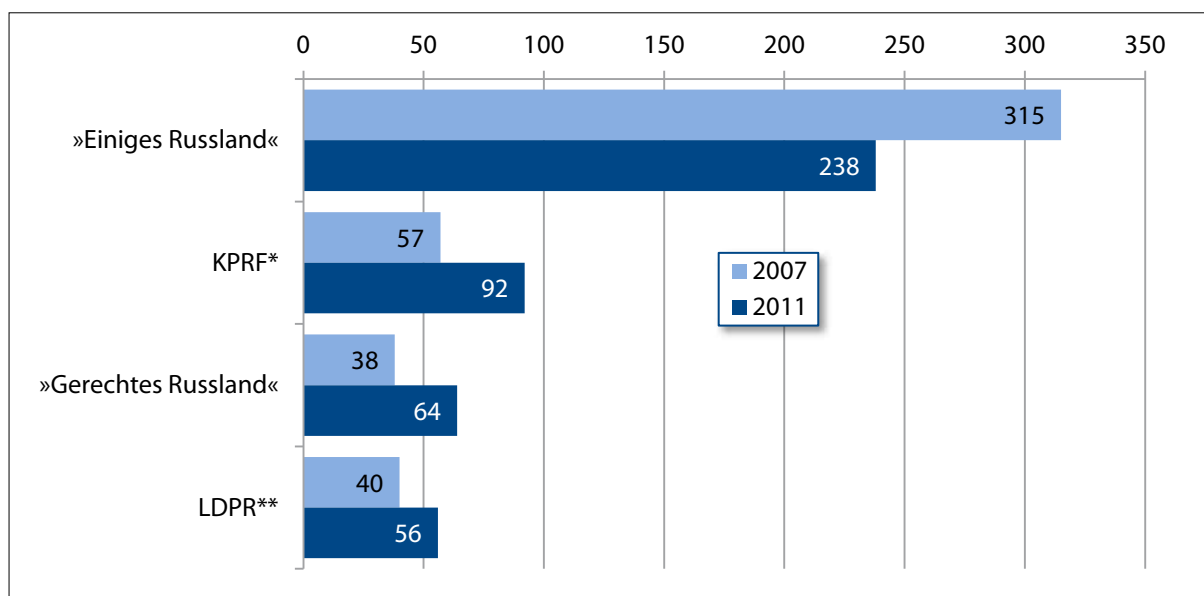
* *Kommunistische Partei der Russischen Föderation*, ** *Liberal-Demokratische Partei Russlands*

Grafik 1: Vergleich der Stimmenanteile der Parteien, die in der Staatsduma vertreten sind, die bei den Dumawahlen 2007 und 2011 erzielt wurden



* Kommunistische Partei der Russischen Föderation, ** Liberal-Demokratische Partei Russlands

Grafik 2: Vergleich der Anzahl der Sitze der Parteien, die in der Staatsduma vertreten sind, nach den Dumawahlen 2007 und 2011



* Kommunistische Partei der Russischen Föderation, ** Liberal-Demokratische Partei Russlands

Proteste in Russland

Lehren aus der Geschichte *oder* Kann sich Geschichte wiederholen?

Von Andrei Yakovlev, Moskau

Rückblick auf die Dezemberdemonstrationen

Die (Neujahrs-)Feiertage boten die Gelegenheit, die stürmischen politischen Ereignisse des Dezembers zu bewerten und zu versuchen, die durch sie aufgeworfenen Fragen zu beantworten. Antworten auf die erste naheliegende Frage – Warum gingen in Moskau Zehntausende auf die Straßen und was wollten sie? – sind im Grunde gegeben. Die Menschen waren der Lügen der Macht-haber müde und wollten ehrliche Wahlen. Eine weitaus wichtigere Frage blieb bislang jedoch unbeantwortet – was sind die realen Folgen der Proteste im Dezember? Ihre Beantwortung erfordert einen Blick auf verschiedene historische Analogien. Unterdessen können sich diese Analogien, wie es in der Geschichte so oft der Fall ist, als nützlich erweisen für das Verständnis dessen, was die Ereignisse in Russland *nicht* sind.

Erste Analogie: »Bunte Revolutionen« oder »Arabischer Frühling«?

Die von niemandem vorhergesehenen und im Frühling 2011 spontan ausgebrochenen Revolutionen in Tunesien, Ägypten und Libyen, die mit dem Sturz und der rechtlichen Verfolgung der korruptierten Diktatoren endeten, veranlassten viele Vertreter der russischen »demokratischen Opposition« dazu, dem Putin-Regime eine ähnliche Entwicklung zu prophezeien – allerdings nicht früher als in 5–7 Jahren, wenn alle Reserven zur Neige gehen und nichts verbleibt, um die sozialen Bedürfnisse zu finanzieren. Dieser Vergleich funktioniert jedoch nicht – im Nahen Osten (wie übrigens auch in Kirgisistan in den Jahren 2005 und 2010) bestand die Masse der Protestierenden aus jungen Arbeitslosen der unteren sozialen Schichten und die Proteste mündeten bei dem Zusammenstoß mit der Staatsmacht in Blutvergießen. Im Gegensatz dazu versammelten sich in Moskau auf dem Bolotnaja-Platz und dem Sacharow-Prospekt erfolgreiche und gebildete Stadtbewohner im Alter von 30 bis 45 Jahren. Und die Demonstranten bemühten sich mit allen Mitteln um eine Vermeidung gewaltsamen Widerstands.

Bezüglich der sozialen Zusammensetzung der Protestierenden und des Charakters der Proteste (inklusive des grundlegenden Anlasses – der Wahlfälschungen) kommen die Moskauer Ereignisse auf den ersten Blick der ukrainischen »Orangen Revolution« von 2004/2005 wesentlich näher. Indessen besteht auch hier ein sehr gewichtiger Unterschied. Hinter den Protesten auf

dem Maidan stand eine reale politische Konkurrenz, die sich auf starke Oppositionsparteien unter der Führung Juschenkos und Timoschenkos stützte. Darüber hinaus wurde die Opposition von einem bedeutenden Teil der nationalen Unternehmer unterstützt und finanziert. Ähnliches gab es in Moskau nicht – unsere »außer-systemische Opposition« hat sich für Proteste solchen Maßstabes klar als noch nicht bereit erwiesen und aus der Reaktion der meisten Protestierenden auf die Auftritte der oppositionellen Hauptakteure wurde ersichtlich, dass diese die Meinung der vor der Bühne Versammelten nicht zum Ausdruck brachten.

Zweite Analogie: »70 – 80« und neue »Perestroika«

In den vergangenen zwei bis drei Jahren des Putin-schen Jahrzehnts wurde der Vergleich mit der »späten Breshnew-Ära« sehr beliebt. Es ist auch der Begriff »70 – 80« aufgekommen, der den Leser in die 1970er und 80er Jahre versetzt und zugleich auf den Ölpreis von 70–80 Dollar pro Barrel verweist, der nach Ansicht von Experten heute die Aufrechterhaltung der Stabilität des politischen Regimes¹ ermöglicht. Auf die gleiche Analogie beziehen sich die Führer der »Opposition«, die den 3. Massenprotest für den 4. Februar planen – das heißt an dem Tag, an dem vor 22 Jahren 400.000 Moskauer auf dem Gartenring marschierten, nachdem der Oberste Rat der Sowjetunion den Artikel über die »führende und leitende Rolle der KPdSU« aus der Verfassung gestrichen hatte.

Dennoch kann man die Periode der 1970er und 1980er Jahre, die eindeutig als »stagnierend« zu bezeichnen sind, nicht mit den 2000er Jahren vergleichen, obgleich diese allem Anschein nach durch wachsende Korruption und fehlende Innovationen gekennzeichnet waren. Weitaus angemessener ist meiner Ansicht nach der Vergleich zu ganz anderen Perioden der sowjetischen Geschichte – nämlich zu den 1920er Jahren. Zum ersten Mal bin ich diesem vor drei Jahren begegnet, als auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise in einem informellen Gespräch über den Zustand und die Struktur unserer Eliten plötzlich die für die 1920er Jahre charakteristischen Begriffe »bourgeoise Experten« und »militärische Spezialisten« fielen. Eben diese Begriffe verwendeten die

¹ Siehe z. B. Gurijew S., Zywinskij O.: Ratio Economica: Szenarii 70–80, in: Wedomosti, 19. 01.2010, A4 (<http://www.wedomosti.ru/newspaper/article/2010/01/19/223144>).

Kollegen, die das bestehende System der Entscheidungsfindung aus dem Innern heraus kennen, zur Beschreibung der Beziehung der Moskauer »Liberalen Technokraten« zu der »Petersburger Gruppe«, die den Kern der heutigen Führungselite bildet.

Die Assoziation mit den 1920er Jahren kam mir auf der Konferenz »Twenty years after the collapse of the Soviet Union«, die Anfang Dezember 2011 in Berlin² stattfand, erneut in den Sinn. Neben Wirtschaftswissenschaftlern waren dort auch Historiker, Soziologen und Literaturwissenschaftler vertreten. Ihre ganz verschiedenen Vorträge und auch Gespräche am Rande der Veranstaltung haben in mir ein interessantes Gefühl wachgerufen. Sowohl in den 1920er Jahren als auch in den 2000ern hat die Stärkung des politischen Regimes auf der Stützung durch nur eine Partei basiert. Wie in den 1920er Jahren verschwindet auch heute die Vielfalt der Massenmedien, unliebsame Unternehmer werden inhaftiert oder ins Exil gedrängt, die Miliz zerschlägt die Versammlungen der Opposition und Einzelne, wie derzeit der Blogger Nawalny, decken staatliche Korruption auf. Erinnern wir uns, dass auch damals der Kampf mit der Bürokratie beliebt war, die Trotzlisten wie heute die Opposition verfolgt wurden und die Versammlungen wie auch heute vor allem in den Hauptstädten stattfanden. Daneben entsteht eine Vielzahl neuer Bücher, Filme und Theaterstücke und die soziopolitische Diskussion blüht. Mit anderen Worten folgten in beiden Fällen auf das große Chaos und die Zerstörung ein Jahrzehnt des Wirtschaftswachstums und ein aktives gesellschaftliches Leben.

Es ist bekannt, wie die 1920er Jahre endeten und was mit den »bourgeois Experten« und »militärischen Spezialisten« geschah. Die regierenden Eliten versuchten den objektiven Widerspruch zwischen Stadt und Land durch Kollektivierung und Industrialisierung aufzuheben, die durch eine permanente »Suche nach Feinden«, gefolgt durch den »Roten Terror«, begleitet wurden. Der Widerspruch eines nicht ausgeglichenen Wachstums wurde auch in den 2000ern ersichtlich. Und die faktische Nationalisierung der Produktion von Bodenschätzen, die nach dem »Fall JUKOS« stattfand, war eine Reaktion auf ernste soziale Widersprüche und Ungleichverteilung zu Beginn der 2000er Jahre. Kann die heutige Regierung ihre »Suche nach den Feinden« dennoch fortsetzen und Massenrepressionen veranlassen?

Meine Antwort lautet: nein. In den 1920er Jahren wurde das Land durch einen quasi-religiösen Orden geführt, dessen Vertreter meist fanatisch an die verkündeten Ideen glaubten und bereit waren, für die Verwirklichung dieser Ideen zu sterben bzw. die Hälfte des Lan-

des zu töten. Die heutige Führungselite besteht nicht aus Fanatikern, sondern aus Pragmatikern. Und sie ist von Europa und den USA in stärkerem Maße abhängig als alle unsere »Oppositionellen«, weil ihre Kinder in London, ihre Villen an der Côte d'Azur und die Bankkonten in der Schweiz und auf den Bahamas sind. Darüber hinaus zeigten die Beispiele Mubaraks und Gaddafis kürzlich, dass die aus dem Land gebrachten Milliarden nichts mehr retten konnten. Trotz aller demonstrierten Analogien zu den 1920er Jahren kann der Pragmatismus der herrschenden Eliten zum Ausgangspunkt für eine positive Entwicklung des Landes und zu Kompromissen mit der Gesellschaft werden – insofern diese Leute im Unterschied zu den »ideologischen Leninisten« mehr als Macht zu verlieren haben.

Auf diese Weise erlaubt der Vergleich mit den 1920er Jahren die Beantwortung der Frage, warum die Machthaber im Dezember das Kommando zur Gewaltanwendung eindeutig nicht gaben – und vor allem auch in Zukunft nicht geben werden. Dennoch kann dieser Vergleich die Situation seitens der Protestierenden nicht erklären – welches positive Programm kann die unterschiedlichen Menschen wirklich vereinen, die an den Dezemberprotesten in Moskau teilnahmen?

Dritte Analogie: Die »Progressiven« des 21. Jahrhunderts?

Es war eine Zeit lang populär die russischen 1990er Jahre mit dem »wilden Kapitalismus« der USA Ende des 19. Jahrhunderts verglichen. Dieser Vergleich bezog sich üblicherweise auf das Funktionieren des Marktmechanismus und die räuberischen Methoden der »ursprünglichen Kapitalakkumulation«. Er bezieht sich gleichermaßen auf das politische System und den Staatsapparat, sowie auf deren Niveau der Korrumpierung, das in den USA damals um ein Vielfaches ausgeprägter war als wir es heute von der russischen Bürokratie kennen.

Diese Entwicklung nahm ihren Anfang durch den Gründer der Demokratischen Partei und Präsident der USA von 1829–1837, Andrew Jackson. Gleichzeitig mit der Einführung des Wahlrechts für alle weißen Männer wurde das spoils system geschaffen – eine Verteilung der Staatsposten an die Parteianhänger der siegreichen Partei. Eine der klarsten Erscheinungsformen dieses Systems waren die Aktivitäten des Senators William Tweed (»Boss« Tweed), der auf der Grundlage der Wohlfahrtsgesellschaft Tammany Hall in New York eine »politische Maschine« der Demokratischen Partei gründete und mit deren Hilfe die Vergabe von Schlüsselpositionen im Staat sowie die »Erteilung« staatlicher Aufträge³ vornahm.

2 Siehe http://www.kompost.uni-muenchen.de/events/ende_su/program_en_111124.pdf.

3 Siehe Jack H Knott, Gary J. Miller (1987): *Reforming Bureaucracy: the Politics of Institutional Choice*. Prentice-Hall, p. 18–19.

So auch im Jahr 1858, als Tweed den Beschluss zum Bau eines neuen Gebäudes der Kreisverwaltung (courthouse) im Senat erfolgreich durchsetzte. Hierfür wurden ursprünglich Staatsgelder in Höhe von 250.000 Dollar genehmigt. Im Laufe der folgenden 13 Jahre wurden zusätzlich 13 Millionen Dollar genehmigt, inklusive 5,6 Millionen Dollar für Möbel, Teppiche und Vorhänge – was die jährlichen föderalen Ausgaben für die Aufrechterhaltung des gesamten Postwesens der USA übertraf. Nichtsdestoweniger wurden der Bau und die Verzierung des Gebäudes bis 1871 nicht fertiggestellt. Zeitzeugen zufolge betrug die persönliche Rücklage Tweeds aus der Vergabe der Verträge 65 %. Es wird geschätzt, dass Tweed und die ihm Nahestehenden von 1857 bis 1870 insgesamt zwischen 30 und 200 Millionen Dollar aus dem Budget New Yorks in die eigene Tasche wirtschafteten (in heutigen Preisen übersteigt diese Summe das Vermögen Abramowitschs und Beresowskis zusammen). Ungeachtet dieses offenen Diebstahls blieb Tweed fast 20 Jahre an der Macht. Dies wurde möglich, weil die Polizei den Wählern der Opposition zu dieser Zeit nicht erlaubte, an den Wahlen teilzunehmen und sie die Augen vor den »Karussells« mehrfach wählender Immigranten verschloss, die für Tweed und seine Anhänger stimmten. Zugleich gingen die von Tweed gekauften Staatsanwälte und Richter nicht gerichtlich gegen ihn vor.

Nichtsdestoweniger verlor Tweed am Ende im Jahr 1870 die Wahlen, kam vor Gericht und fristete sein Lebensende im Gefängnis. Unterdessen wurden »politische Maschinen« in der amerikanischen Politik eine allgegenwärtige Erscheinung und Tammany Hall blieb bis zu den 1930er Jahren eine der einflussreichsten Organisationen der Demokratischen Partei. Eine Folge dieser Bestechlichkeit von Politikern Ende des 19. Jahrhunderts war auch das rasante Wachstum von Monopolen in der Industrie, im Transport- und dem Bankensektor – denn die »Verschmelzung mit der Macht« erlaubte es den Unternehmern, Vergünstigungen und Privilegien zu erreichen und ungeliebte Konkurrenten zu beseitigen, und die Ausgaben für die Bestechung von Politikern kompensierten sie durch die darauf folgende Erhöhung der Preise und Tarife. (Ein grundlegender Unterschied zur gegenwärtigen russischen Situation bestand darin, dass die föderale Regierung der USA in dieser Periode außergewöhnlich schwach war; damit wurde die Konkurrenz zwischen den Staaten erhalten, auf deren Ebene sich die gesamte reale Politik abspielte.)

Der gesellschaftliche Protest gegen eine solche »Griffmasse des Kapitalismus« wurde für die Bewegung der Progressiven entscheidend, die Anfang des 20. Jahrhunderts in den USA entstand. Die grundlegenden Forderungen der »Progressiven« bestanden in einer Verbes-

serung der staatlichen Verwaltung und der Erfüllung seiner Funktionen durch den Staat (vor allem auf der lokalen und regionalen Ebene), nämlich die Kontrolle der tariflichen Monopole, die Gewährleistung der Sicherheit, die Erhaltung von Schulen und des Postwesens sowie der Bau und die Sanierung von Straßen. Wie Knott und Miller (1987) feststellten, war die soziale Basis der »Progressiven« äußerst heterogen. Sie beinhaltete mindestens fünf verschiedene soziale Gruppen:

- Ehemalige »Populisten« – Farmer und Kleinunternehmer aus dem Westen und Süden, die gegen das kontinuierliche Wachstum der Tarife und Versicherungsfirmen protestierten und die Einführung von wettbewerbsrechtlichen Regulierungsmaßnahmen forderten.
- »Gentlemen-Reformer« – Repräsentanten adeliger Familien von der Ostküste, die eine Auflösung des »spoils system« (und damit den faktischen Verkauf staatlicher Ämter) und die Einführung eines staatlichen Dienstes nach dem Qualifikations- und Leistungsprinzip und des »wissenschaftlichen Managements« für notwendig hielten. Auf ihre Initiative hin wurde 1906 in New York das Bureau of Municipal Research gegründet, das über 20 Jahre hinweg große Arbeit bei der Entdeckung, Analyse und Verbreitung der besten Verfahren der Gemeindeverwaltung leistete.
- Gut ausgebildete Vertreter der Mittelklasse in großen Städten (Ingenieure, Ärzte, Lehrer), die Steuern zahlten und regelmäßig an Wahlen teilnahmen. Sie forderten, dass die Machthaber anstelle der Verteilung von Ämtern unter ihren Anhängern und der Förderung von Großunternehmen (über die Gewährung von Steuervergünstigungen und Privilegien) anfangen sollten, »ihre Arbeit zu erfüllen« – die Säuberung der Straßen zu gewährleisten, für Schutz vor Verbrechern und für eine normale Ausbildung der Kinder an Schulen zu sorgen.
- Städtische Mittel- und Kleinunternehmer, die wollten, dass ihre Käufer nicht an Müll auf den Straßen und an Taschendiebe denken mussten, dass die Polizei den Schutz der Wirtschaft vor Verbrechern gewährleistete und mit Brandschutzmaßnahmen Bränden vorbeugte, und dass Postsendungen rechtzeitig eintrafen.
- »Soziale Reformer« (vereint in der Association for Improving the Conditions for the Poor) – Vertreter der oberen und mittleren Schichten, die es für nötig hielten, einen angemessenen minimalen Lebensstandard für die städtischen Armen zu gewährleisten und die neben dem Spendensammeln für Waisenkinder und Obdachlose auch die Einführung von sanitären Standards in den Städten zur Vorbeugung vor Seuchen forderten.

Es ist anzumerken, dass die »Progressiven« sich nicht mit den traditionellen politischen Parteien verbanden, da sowohl die Republikaner als auch die Demokraten in dieser Periode gleichermaßen bestechlich waren. Und obwohl Theodor Roosevelt für den Führer der »Progressiven« gehalten wurde, führte sein scharfer Konflikt mit anderen einflussreichen Republikanern dazu, dass seine Gesinnungsgenossen im August 1912 die Progressive Party gründeten. In gleicher Weise zerfiel die neue Partei nach Roosevelts Niederlage bei den folgenden Präsidentschaftswahlen wieder. Das war kein Zufall. Denn in Wirklichkeit bestanden die »Progressiven« aus einer Minderheit unter den amerikanischen Wählern, die sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts größtenteils wenig von unseren heutigen Mitbürgern unterschieden – mit ihrer geringen Bereitschaft, Zeit zur Verteidigung ihrer eigenen Rechte aufzuwenden und mit einer noch geringeren Neigung zu kollektivem Handeln.

Die wichtigste Errungenschaft der »Progressiven« war die Einführung neuer Prinzipien zur Organisation des Staatsdienstes – einschließlich der Trennung von Politik und Staatsverwaltung, der Rekrutierung professioneller Leiter für staatliche Ämter, ausgewählt nach den Kriterien Kompetenz und Qualifikation, der Ausarbeitung und Anwendung administrativer Regeln, der Einführung von Hierarchien, sowie der organisierten Spezialisierung und klar definierter Verantwortungsbereiche für Staatsbeamte. Dieser Prozess begann auf der Ebene der Gemeinden und einzelner Staaten (wo die »Progressiven« ihre Reformen durchführten, indem sie die Meinungsverschiedenheiten zwischen Republikanern und Demokraten ausspielten) und später, im Laufe der 1920er und 1930er Jahre, wurden die Reformen auf föderale Agenturen und Dienste ausgeweitet. Heute geht man davon aus, dass gerade die Bewegung der »Progressiven« zur Etablierung der heutigen Effektivität in der staatlichen Verwaltung der USA beitrug und die Begrenzung der Korruption im Staatsapparat erlaubte.

Lehren aus der Vergangenheit

Könnten die Ideen der »Progressiven« heute, 120 Jahre später, zum Fundament der gesellschaftlichen Bewegung werden, die nach den Wahlen am 4. Dezember auf den Straßen Moskaus auftaucht? Ja und nein. Es ist offensichtlich, dass wir in einem anderen Jahrhundert leben, mit vollkommen anderen Technologien. Allgemeine Ideen – die Rechenschaftspflicht der Macht und die Verbannung der Korruption aus der Politik, die Erhöhung der Effizienz staatlicher Behörden in der Gewährleistung staatlicher Dienste, und die Schaffung einer »Feedback«-Schleife zu den aktiven Wählern, während ein großer Teil der Wähler passiv bleibt und durch verschiedene Manipulationsstrategien beeinflusst wird,

lassen sich aber gänzlich auf die heutige russische Wirklichkeit übertragen.

So muss betont werden, dass diese Ideen bereits in den Arbeiten russischer Experten geäußert wurden⁴. Darüber hinaus haben die »liberalen Technokraten« (die russische Analogie zu den »Gentlemen-Reformern« in den USA zu Beginn des 20. Jahrhunderts) in Zusammenarbeit mit den Machthabern mit verschiedenen Mitteln versucht, diese Ideen zu verwirklichen – inklusive der Reform der Vergabe von Staatsaufträgen, eines verschärften Wettbewerbsrecht zur Verhinderung von Monopolen und die Deklarierungspflicht für Einnahmen von Beamten. Dabei fehlte allerdings allen diesen »Reformen von oben« eine unterstützende gesellschaftliche Bewegung und die Reformen berücksichtigten die Interessen der Bürger nicht wirklich. Deshalb gelang es »Interessensgruppen« aus Politik und Wirtschaft, die Reformen erfolgreich unter Kontrolle zu bringen und im eigenen Interesse zu instrumentalisieren.

Die Dezemberproteste in Moskau haben gezeigt, dass ein Jahrzehnt Wirtschaftswachstum und die sozialpolitische Stabilität zur Bildung einer Schicht geführt hat, die Stimmrecht haben möchte und bereit ist, Druck auf die Machthaber auszuüben. Der Auftritt dieser aktiven und erfolgreichen Minderheit in der politischen Arena ist eine Chance für das Land. Denn nur solch ein sichtbarer und kontinuierlicher Druck von unten wird die Machthaber dazu bewegen, andere »Spielregeln« zu schaffen, die die gegenwärtige Elite in der Realisierung ihrer eigenen Interessen zugunsten der gesellschaftlichen Interessen einschränken würden⁵.

Ob diese Chance allerdings ergriffen wird, hängt von der Vernunft der machthabenden Elite ab – denn neue Spielregeln werden nicht auf Demonstrationen geschaffen, sondern nur durch gemeinsame Absprache der wichtigsten Gruppen der Eliten⁶. In diesem Fall sind dies die leitenden Etagen der nationalen und regionalen Staatsverwaltungen, die Silowiki, Großunternehmen und die Leiter großer staatlich-finanzierter Institutionen. Im bekannten Sinne befindet sich die russische

4 Siehe Polteworitsch, B. M.: Transplantazija ekonomitscheskich institutow, in: Ekonomitscheskaja nauka sowremennoj Rossii, 2001, Nr. 3, 24–50; Kusminow, J. I.: Modernisazija gosudarstwa: idei i konturi, in: Inwestizionnij klimat i perspektivy ekonomitscheskogo rosta w Rossii. Hrsg. E.G. Jasin. Bd. 1. Moskau: WSE, 2001, S. 191–201; Koalizii dlja buduschtschego. Strategii raswitija Rossii. Moskau: RIO-Zentr, 2007.

5 Diese These wird überzeugend vertreten von: Daron Acemoglu und James A. Robinson: Economic Origins of Dictatorship and Democracy. Cambridge University Press. 2006.

6 Siehe Douglas C. North, John Joseph Wallis, Barry R. Weingast. Violence and Social Orders: A Conceptual Framework for Interpreting Recorded Human History. Cambridge University Press. 2006.

Elite derzeit in der Lage des Barons von Münchhausen, der sich selbst an den Haaren aus dem Sumpf herausziehen musste. Wenn dies in den nächsten Jahren nicht geschieht, dann könnten die derzeitigen Ereignisse in Ägypten, Jemen oder Libyen in sieben bis zehn Jahren durchaus realistische Szenarien für Russland werden. Dies könnte vermieden werden, wenn Vertreter der Eli-

ten mit Hilfe der Expertengemeinde in der Lage wären, miteinander über neue, ehrlichere und transparentere »Spielregeln« zu verhandeln, die sozialen Aufstieg möglich machen und neuen Spielern den Zugang zu Politik und Wirtschaft eröffnen würden.

Übersetzung: Kristina Puzarina und Ann-Catherine Roth

Über den Autor:

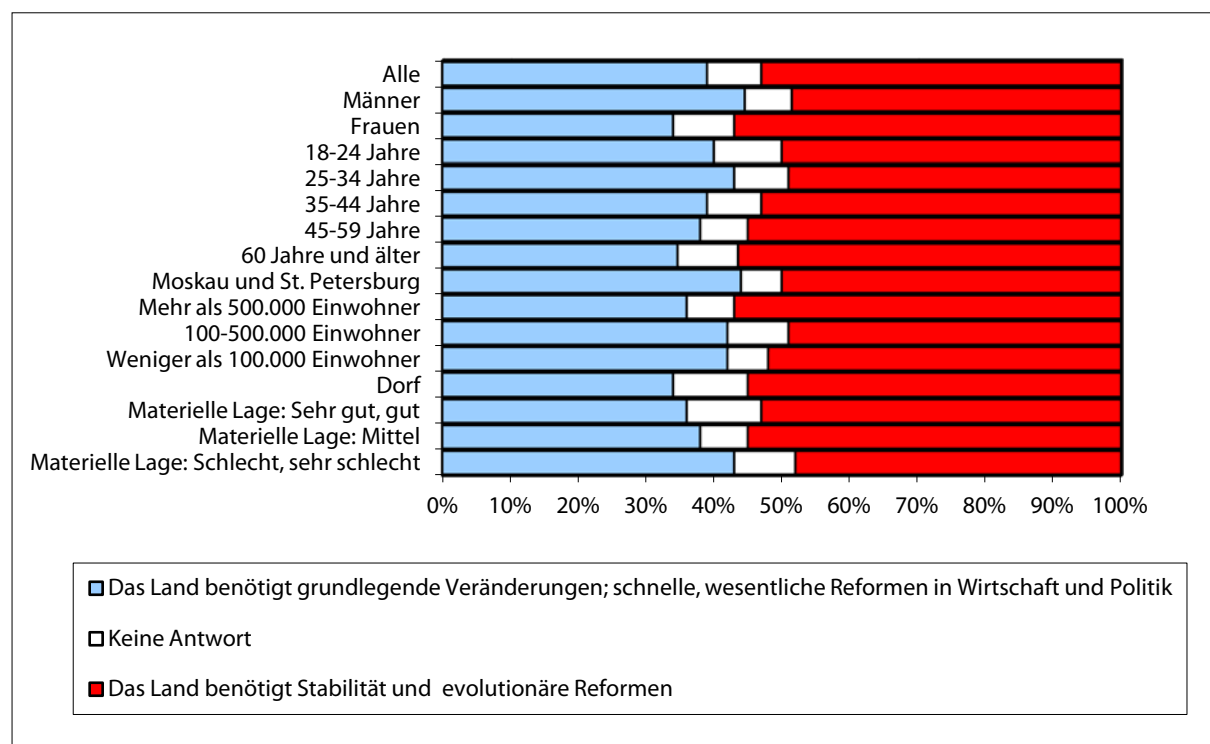
Professor Andrei Yakovlev ist Direktor des Instituts zur Analyse von Unternehmen und Märkten sowie Vize-Rektor an der National Research University – Higher School of Economics, Moskau.

Der Autor bedankt sich für Unterstützung durch das Programm für Grundlagenforschung der HSE.

UMFRAGE

Revolution oder Evolution?

Grafik 3: Revolution oder Evolution?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 17.–18. Dezember 2011, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=112350>

Politische Reform: für und wider

Tabelle 9: Sind Sie persönlich mit den jüngsten Vorschlägen D. Medwedews und W. Putins einverstanden?

	Gesamt	Parteiorientierung					Gehe nicht wählen
		»Gerechtes Russland«	LDPR	KPRF	»Einiges Russland«	Außerparlamentarische Parteien	
Die Direktwahlen der Gouverneure durch die regionale Bevölkerung (wieder-) einzuführen	Eher einverstanden	73%	70%	77%	79%	76%	58%
	Eher nicht einverstanden	12%	14%	14%	8%	16%	18%
	Keine Antwort	15%	16%	9%	13%	7%	24%
Die Beteiligung von Parteien in den Wahlkommissionen stärken	Eher einverstanden	62%	61%	64%	70%	72%	46%
	Eher nicht einverstanden	18%	18%	19%	13%	18%	24%
	Keine Antwort	20%	21%	18%	17%	10%	30%
Die Regelungen zur Registrierung von Parteien vereinfachen, de facto ohne Einschränkungen	Eher einverstanden	45%	39%	48%	49%	63%	32%
	Eher nicht einverstanden	33%	35%	32%	31%	25%	36%
	Keine Antwort	23%	25%	19%	20%	12%	32%
Die Zahl der Unterschriften, die zur Registrierung eines Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen oder Parlamentswahlen auf allen Ebenen notwendig sind, stark zu reduzieren	Eher einverstanden	44%	48%	45%	50%	55%	32%
	Eher nicht einverstanden	33%	32%	34%	31%	25%	37%
	Keine Antwort	23%	20%	21%	20%	19%	31%
Einführung eines gemischten Wahlsystems für die Staatsduma: ein Teil der Mandate von Parteien, ein anderer aus Einerwahlkreisen	Eher einverstanden	57%	54%	61%	59%	72%	47%
	Eher nicht einverstanden	15%	17%	14%	14%	18%	16%
	Keine Antwort	29%	29%	24%	27%	10%	37%

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 9: Sind Sie persönlich mit den jüngsten Vorschlägen D. Medwedews und W. Putins einverstanden? (Fortsetzung)

	Gesamt	Parteiorientierung				Gehe nicht wählen	
		»Gerechtes Russland«	LDPR	KPRF	»Einiges Russland«		Außerparlamentarische Parteien
Alle Wahllokale des Landes mit Kameras auszustatten und im Internet zu übertragen	Eher einverstanden Eher nicht einverstanden Keine Antwort	76%	77%	74%	79%	73%	70%
Einen Teil der Befugnisse und Haushaltsmittel aus dem föderalen Zentrum zum Wohle der Regionen und Kommunen umverteilen.	Eher einverstanden Eher nicht einverstanden Keine Antwort	14%	13%	15%	12%	22%	14%
Die Ausgaben von Staatsbedienten kontrollieren, wenn diese nicht ihren Einkommen entsprechen: Einführung einer Ausgabenerklärung beim Kauf von Land, Immobilien, Autos und Wertpapieren.	11%	11%	10%	10%	9%	4%	16%
Gründung eines öffentlichen Fernsehens, bei dem keiner der Besitzer Einfluss auf die Entscheidungsfindung hat.	Eher einverstanden	73%	77%	73%	77%	72%	61%
	Eher nicht einverstanden	10%	8%	11%	8%	19%	12%
	Keine Antwort	17%	16%	16%	16%	9%	27%
Gründung eines öffentlichen Fernsehens, bei dem keiner der Besitzer Einfluss auf die Entscheidungsfindung hat.	Eher einverstanden	87%	88%	88%	90%	79%	81%
	Eher nicht einverstanden	7%	6%	5%	6%	15%	9%
	Keine Antwort	7%	6%	7%	5%	6%	11%
Gründung eines öffentlichen Fernsehens, bei dem keiner der Besitzer Einfluss auf die Entscheidungsfindung hat.	Eher einverstanden	77%	78%	79%	80%	75%	69%
	Eher nicht einverstanden	10%	9%	8%	9%	12%	12%
	Keine Antwort	14%	12%	13%	11%	13%	19%

Quelle: Umfragen des WZIAM vom 7.-8. Januar 2012, <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/112328.html>

Vom 27. Januar bis zum 9. Februar 2012

27.01.2012	Bei einer Spezialoperation unweit Magas, der Hauptstadt von Inguschetien, werden drei mutmaßliche Untergrundkämpfer getötet.
27.01.2012	Die Zentrale Wahlkommission verweigert Dmitrij Mesentschew und Grigorij Jawlinskij, dem Kandidaten der Partei Jabloko, offiziell die Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen. Jawlinskij geht gegen die Entscheidung gerichtlich vor.
27.01.2012	Bei einem Spezialeinsatz im Rayon Kisljarsk (Dagestan) werden fünf Untergrundkämpfer und vier Soldaten getötet. Drei weitere Militärangehörige werden bei dem Einsatz verletzt.
28.01.2012	Bei einer Gasexplosion in einem Wohnhaus in Baschkortostan kommen fünf Personen ums Leben.
30.01.2012	Viktor Subkow, Erster Stellvertretender Ministerpräsident, wird als Kandidat für den Aufsichtsrat von Gazprom nominiert.
30.01.2012	Ministerpräsident und Präsidentschaftskandidat Wladimir Putin veröffentlicht seinen dritten programmatischen Artikel über die wirtschaftlichen Herausforderungen Russlands in der Tageszeitung Wedomosti. Er führt die ressourcenbasierte Wirtschaft auf die Deindustrialisierung in den 1990er Jahren zurück und fordert ein wirtschaftliches Aufholen in prioritären Sektoren, technologische Kooperationen, Innovationen und Investitionen. Die Privatisierung von Staatskonzernen solle fortgesetzt und eine Luxussteuer eingeführt werden.
31.01.2012	Auf dem Moskauer Triumphalplatz versammeln sich ca. 60 Personen zur regelmäßigen Demonstration für den Artikel 31 der Verfassung, der die Versammlungsfreiheit garantiert. Die zahlreich anwesenden Polizeikräfte nehmen ca. 20 Personen vorübergehend fest.
01.02.2012	Ministerpräsident Wladimir Putin trifft mit jungen Juristen zusammen. Er erklärt, dass er im Falle seines Wahlsiegs nicht ausschließe, politischen Opponenten Ämter anzuvertrauen. Zudem erklärt er, bei der Gründung der Partei »Rechte Sache« geholfen zu haben.
01.02.2012	Witalij Tschurkin, ständiger Vertreter Russlands bei der UN, erklärt in einem Interview, dass sich Russland an keinem Waffenembargo gegen Syrien beteiligen wird. Zum einen sollen die jahrelangen Beziehungen mit Syrien nicht zerstört werden und zum anderen seien die von Russland gelieferten Waffen nicht gegen Demonstranten einsetzbar.
01.02.2012	Russland unterzeichnet die OECD Konvention gegen Bestechung ausländischer Amtspersonen.
02.02.2012	Anatolij Antonow, Stellvertretender Verteidigungsminister, gibt bekannt, dass Russland seine Waffenlieferungen an Syrien nicht einstellen wird. »Bis zum heutigen Tag bestehen keine Einschränkungen auf unsere Lieferungen und so müssen wir unsere Verpflichtungen erfüllen. Wir verletzen keinerlei internationale Verpflichtungen, was nicht verboten ist, ist erlaubt.«
02.02.2012	Sergej Mironow, Präsidentschaftskandidat der Partei »Gerechtes Russland«, erklärt, im Falle seines Wahlsiegs Michail Chodorkowskij begnadigen zu wollen. Zuvor hatten dies schon die Präsidentschaftskandidaten Michail Prochorow sowie Gennadij Sjuganow (KPRF) angekündigt.
02.02.2012	Der Wahlkampfstab von Wladimir Putin schlägt der unabhängigen »Wählerliga« eine Zusammenarbeit vor. Die »Wählerliga« will einen Vertreter entsenden, um herauszufinden, wie viele Mandate für Wahlbeobachter der Wählerliga bereitgestellt werden, eine weitere Zusammenarbeit sei jedoch nicht von Interesse.
04.02.2012	In Moskau findet die dritte Großdemonstration »Für ehrliche Wahlen« statt. An der Demonstration vom Kaluschskaja zum Bolotnaja Platz nehmen unterschiedlichen Angaben zufolge zwischen 38 und 120 Tausend Menschen teil. Gleichzeitig versammeln sich ca. 100.000 Anhänger von Ministerpräsident Wladimir Putin an der Gedenkstätte Poklonnaja gora unter dem Motto »Wir haben etwas zu verlieren«. In mehreren Städten Russlands finden Demonstrationen sowohl »Für ehrliche Wahlen« als auch zur Unterstützung Wladimir Putins statt.
06.02.2012	Ministerpräsident Wladimir Putin veröffentlicht seinen vierten programmatischen Artikel zur Entwicklung von Zivilgesellschaft und Demokratie in Russland. Er schlägt vor, Gesetzesinitiativen online zur Diskussion zu stellen und Initiativen, die von 100.000 Menschen unterstützt werden, in die Staatsduma einzubringen. Putin regt eine Stärkung der regionalen Selbstverwaltung durch erhöhte finanzielle Unabhängigkeit an. Zudem soll ein Beauftragter für die Rechte der Unternehmer eingesetzt werden. Im Kampf gegen die Korruption sollen die Auswahl, Vergütung und Rotation der Beamten überarbeitet sowie zur Entwicklung des Rechtssystems Gerichtsurteile zugänglicher und Kollektivklagen erleichtert werden.

06.02.2012	Ministerpräsident und Präsidentschaftskandidat Wladimir Putin trifft mit Politologen zusammen. Er erklärt, dass er zu Veränderungen bereit sei, so zum Beispiel die Direktwahl der Abgeordneten im Föderationsrat oder die Erleichterung der Parteiregistrierung. Die Grundlagen des bestehenden Machtsystems sollen aber bestehen bleiben.
07.02.2012	Die russische Staatsduma verabschiedet in dritter Lesung ein Gesetz, das Präsident Dmitrij Medwedew eingebracht hatte. Dies sieht eine lebenslange Haftstrafe für rückfällige Pädophile vor, sowie die chemische Kastrierung bei Fällen, bei denen es um den Missbrauch von Kindern unter 14 Jahren geht.
07.02.2012	Die Hauptverwaltung des russischen Innenministeriums erklärt die Untersuchungen im Steuerverfahren gegen Sergej Magnitskij und seinem ehemaligen Vorgesetzten William Browder von Hermitage Capital für abgeschlossen. Beiden wird Steuerhinterziehung in besonders großem Ausmaß vorgeworfen. Der Fall Magnitskij erregte erhebliches Aufsehen, da dieser als Anwalt von Hermitage Capital 2008 die Unterschlagung von 230 Mio. US\$ Steuergeldern von Hermitage Capital durch Beamte des Innenministeriums und der Steuerbehörden aufdeckte. Daraufhin wurde er wegen Unterschlagung und Betrug angeklagt und inhaftiert. Er starb im November 2009 in Untersuchungshaft.
08.02.2012	Der Oberste Gerichtshof Russlands erklärt die Ablehnung der Kandidatur Grigorij Jawlinskijs als Präsidentschaftskandidat der Partei Jabloko durch die Zentrale Wahlkommission für rechtmäßig.
08.02.2012	Es wird bekannt, dass Russland und die USA während der Konsultationen über die Erfüllung des START 3-Vertrags, das in Genf vom 24.1.–7.2.2012 stattfand, ein Abkommen über den Austausch telemetrischer Informationen bei Starts von Interkontinentalraketen unterzeichnet haben.
08.02.2012	In Wolgograd erhalten die Schüler der Klassen 1–9 wegen des starken Frostes von -18 bis -23 Grad für fünf Tage schulfrei.
09.02.2012	Stanislaw Goworuchin, Leiter des Wahlkampfstabs von Wladimir Putin, gibt bekannt, dass für den 23. Februar eine Demonstration unter dem Motto »Wir verteidigen das Vaterland« auf dem Moskauer Manegeplatz für 200.000 Teilnehmer vorbereitet wird. Oppositionsgruppen planen für den 26. Februar eine weitere Demonstration »Für ehrliche Wahlen«.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und Satz: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2012 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladivostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de